



Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 3, März 2005

60. Jahrgang



- Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung 2003
- Historische Fundgrube: Vertriebene in Hessen
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	42
Sozialleistungen	
Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung 2003. Von <i>Berthold Müller</i>	43
Landwirtschaft	
Stallhaltungsformen bei Milchkühen und Mastschweinen im November 2004. Von <i>Jörg Führer</i>	52
Historische Fundgrube	
Vertriebene in Hessen. Von <i>Ulrike Schedding-Kleis</i>	55
Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	59
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	60
Landwirtschaft, Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	61
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	62
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	63
Tourismus, Verkehr	64
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	65
Verdienste	66
Buchbesprechungen	Seite 68 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:

© **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Wiesbaden Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagfoto:

Hans-Jürgen Habermann, Wiesbaden

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x	= Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

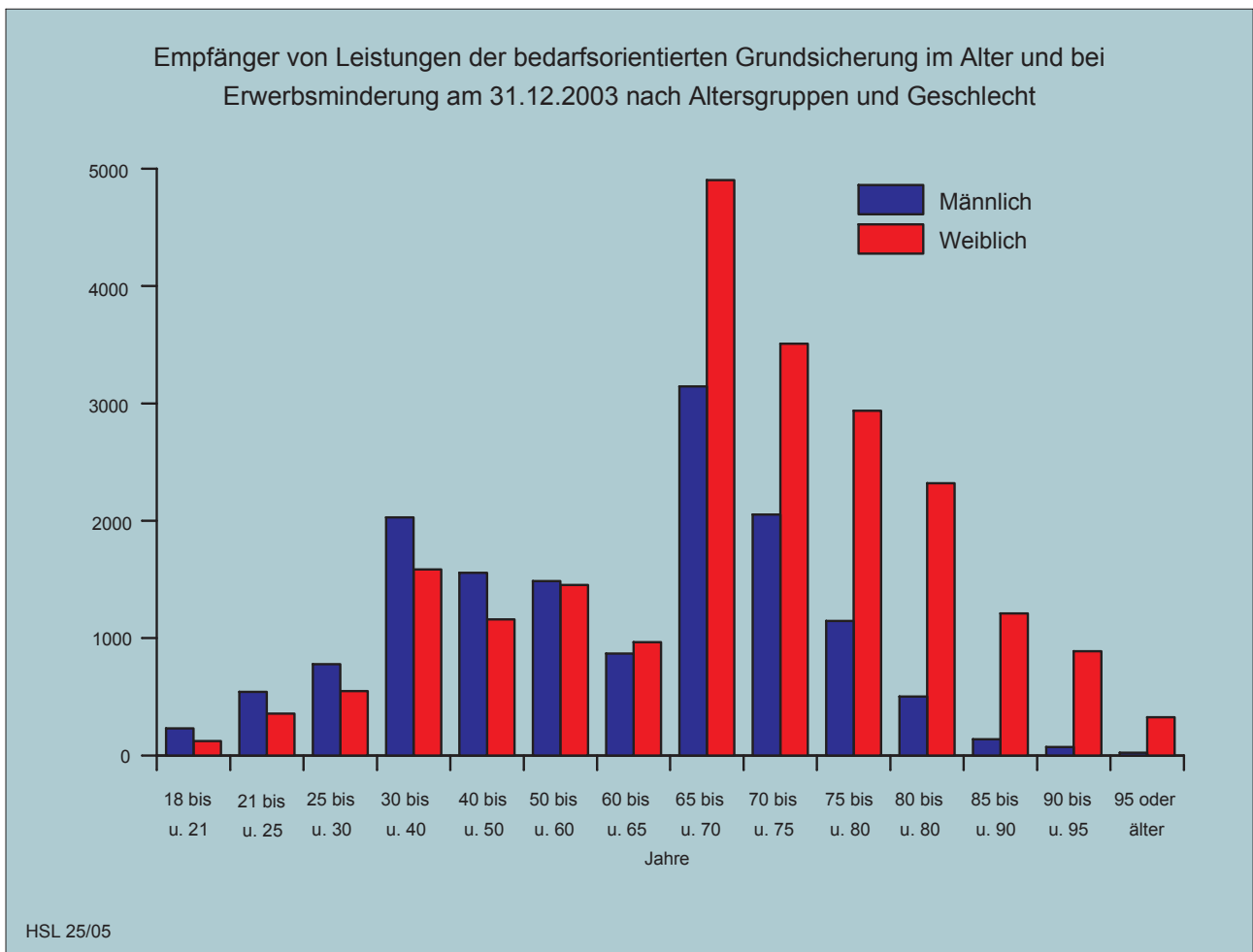
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

03 · 05

60. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Deutlich weniger Verkehrsunfälle

Im Januar dieses Jahres verloren 26 Menschen durch Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen ihr Leben. Damit gab es 5 Getötete weniger als im Januar 2004. Im Januar 2005 kam es insgesamt zu fast 1600 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen; 8 % weniger als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch 2150 Personen verletzt. Dies waren 6 % weniger als vor einem Jahr. Dabei ging die Zahl der Leichtverletzten im Vergleichszeitraum um 4 % auf 1800 zurück. Die Zahl der Schwerverletzten nahm um 16 % auf 320 ab.

Wasserstraßen besser genutzt

In der Binnenschifffahrt nahm die umgeschlagene Gütermenge im vergangenen Jahr wieder zu. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden insgesamt 12,7 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, knapp 5 % mehr als im Jahr 2003. Dabei stieg das Volumen des Versands von Gütern um fast 12 % auf 2,5 Mill. t. Das Volumen des Empfangs erhöhte sich im Vergleichszeitraum um gut 3 % auf 10,2 Mill. t. Unter den wichtigsten Massengütern erhöhte sich der Umschlag von Erdöl, Mineralölzeugnissen und Gasen um etwas über 2 % auf 3,9 Mill. t. Der Umschlag von Steinen und Erden (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) ging um gut 4 % auf 3,3 Mill. t zurück. Bei festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) wurden dagegen mit 1,8 Mill. t knapp 19 % mehr umgeschlagen.

13 800 Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten

In den 787 ambulanten Pflegeeinrichtungen in Hessen waren im Dezember 2003 rund 13 800 Personen beschäftigt, das waren 7 % mehr als in der letzten Erhebung im Jahr 2001. Rund 69 % der Beschäftigten arbeiteten Teilzeit. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten lag bei 85 %. Im Dezember 2003 wurden gut 30 700 Pflegebedürftige betreut, 2 % mehr als Ende 2001. Drei Fünftel der von ambulanten Diensten versorgten Personen waren 80 Jahre oder älter; gegenüber 1999 nahm dieser Anteil um 3 Prozentpunkte zu. Knapp zwei Drittel der Beschäftigten arbeiteten Ende 2003 in der Grundpflege. Weitere 15 % waren in der hauswirtschaftlichen Versorgung tätig, und 13 % der Beschäftigten konnten der Leitung/Geschäftsführung oder der Verwaltung der ambulanten Pflegeeinrichtungen zugeordnet werden. Die restlichen 6 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen eingesetzt. Zwei Drittel des gesamten Personals hatte eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier die Krankenschwestern und -pfleger (4600), gefolgt von den Alten-

pfleger/innen (2300). 3 % konnten einen Berufsabschluss in einem hauswirtschaftlichen Bereich nachweisen. Rund 18 % des Personals in Pflegediensten hatte einen sonstigen Berufsabschluss. Weitere 12 % verfügten über keinen Berufsabschluss oder waren noch in Ausbildung.

33 400 Personen in Pflegeheimen beschäftigt

In den 640 hessischen Pflegeheimen waren im Dezember 2003 rund 33 400 Personen beschäftigt, 3 % mehr als in der letzten Erhebung im Jahr 2001. Rund 47 % der Beschäftigten in Pflegeheimen arbeiteten Teilzeit. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten lag bei 84 %. Im Dezember 2003 wurden gut 40 000 Pflegebedürftige betreut, 2,7 % mehr als vor zwei Jahren. Fast sieben Zehntel der in Pflegeheimen untergebrachten Personen waren 80 Jahre oder älter. Rund 66 % der Beschäftigten arbeiteten Ende 2003 in der Pflege und 4 % in der sozialen Betreuung. Weitere 19 % waren im hauswirtschaftlichen Bereich und 3 % im haustechnischen Bereich tätig. 6 % der Beschäftigten wurden der Geschäftsführung oder der Verwaltung der Pflegeheime zugeordnet, die restlichen 2 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen eingesetzt. Eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe hatten 47 % des gesamten Personals. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier die Altenpfleger/innen (7200), gefolgt von den Krankenschwestern und -pflegern (3230). 4 % konnten einen Berufsabschluss in einem hauswirtschaftlichen Bereich nachweisen. Jeweils ein Viertel aller in Pflegeheimen Beschäftigten hatte einen sonstigen Berufsabschluss oder verfügte über keinen Berufsabschluss bzw. war noch in Ausbildung.

Weniger Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2004 ließen 10 770 hessische Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen. Das waren 3 % bzw. 360 Eingriffe weniger als 2003. Bei gut 10 500 Frauen wurde der Eingriff in Hessen durchgeführt und bei knapp 260 Frauen in anderen Bundesländern, überwiegend in Rheinland-Pfalz. Knapp die Hälfte der Frauen war zum Zeitpunkt des Eingriffs ledig; verheiratet waren 45 %, und rund 6 % waren geschieden oder verwitwet. Knapp drei Viertel (72 %) der Frauen befanden sich im Alter von 18 bis unter 35 Jahren, annähernd 16 % waren 35 bis unter 40 Jahre alt, rund 6 % waren minderjährig und 7 % waren 40 Jahre oder älter. 43 % der Schwangeren hatte vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt. 98 % der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung und nur 2 % mit einer medizinischen Indikation vorgenommen. Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (82 %) wurden mit der Vakuumaspiration (Absaugmethode) durchgeführt.

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung 2003

Nach dem „Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)“, das am 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, erhalten Personen ab dem 65. Lebensjahr bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen in und außerhalb von Einrichtungen auf Antrag eine eigenständige soziale Leistung zur Sicherung des grundsätzlichen Bedarfs für den Lebensunterhalt, sofern eigenes Einkommen oder Vermögen nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten. In Hessen sind am Ende des Jahres 2003 knapp 37 000 Empfänger gezählt worden, deren Anträge bis zu diesem Zeitpunkt bearbeitet waren. In einzelnen Verwaltungsbezirken hatte es Rückstände bei der Bearbeitung gegeben, die im Laufe des Jahres 2004 abgearbeitet worden sind, sodass schon aus diesem Grund mit einem Anstieg der Zahl der GSiG-Empfänger zum Jahresende 2004 zu rechnen ist. Für knapp zwei Drittel der Empfänger bedeutet diese Leistung eine Linderung der Armut im Alter, das fehlende Drittel stellen dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen. Der Anteil der Frauen liegt mit gut 60 % erheblich über dem der Männer. Etwa jeder fünfte Empfänger hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Verglichen mit dem Anteil der ausländischen Bevölkerung, der am 31.12.2003 bei 11,5 % liegt, ist die Bedürftigkeit der entsprechenden Gruppe ausländischer Bewohner Hessens als überdurchschnittlich anzusehen. Nach den Ergebnissen dieser neuen Statistik liegt die Armutsschwelle im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung bei 620 Euro im Monat. Losgelöst von der speziellen persönlichen Wohnsituation erhielt ein Grundsicherungsempfänger knapp 12 Euro pro Tag für den reinen Lebensunterhalt. Der Anteil der Empfänger, die erstmals eine Sozialleistung erhalten haben, liegt bei etwa einem Drittel. Dieser Empfängerkreis hatte vorher wohl deswegen keine Anträge auf Sozialhilfe gestellt, weil die Einkommenssituation von Eltern oder Kindern einen Unterhaltsrückgriff zur Folge gehabt hätte. Im Gegensatz zum Bundessozialhilfegesetz sieht das GSiG nämlich erst ab 100 000 Euro Jahreseinkommen einen Unterhaltsrückgriff vor. Hochgerechnet wurden in Hessen 2003 etwa 143 Mill. Euro für die Durchführung des neuen Gesetzes aufgewendet, das sind im Durchschnitt etwa 3900 Euro je Empfänger.

Am 1. Januar 2003 ist das „Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)“ in Kraft getreten. Dieses neue Sozialleistungsgesetz gewährt Personen ab dem 65. Lebensjahr bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen zwischen 18 und 64 Jahren in und außerhalb von Einrichtungen auf Antrag eine eigenständige soziale Leistung zur **Sicherung des grundsätzlichen Bedarfs für den Lebensunterhalt**. Gewährt wird diese Leistung, wenn eigenes Einkommen oder Vermögen nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Dabei orientiert sich der Bedarf an dem eines Sozialhilfeempfängers. Üblicherweise anfallende einmalige Bedarfe werden nicht mehr einzeln gewährt, sondern im Rahmen einer monatlichen Pauschale in Höhe von 15 % des Regelsatzes eines Haushaltsvorstands abgedeckt. Allerdings wurden darüber hinausgehende zusätzliche einmalige Leistungen ähnlich wie in der Sozialhilfe weiterhin gewährt. Da die Leistungen nach dem GSiG Vorrang vor anderen Sozialleistungen haben, wurde von den Trägern der Sozialhilfe in der Regel die Feststellung dieser Leistung für berechnete Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt betrieben und ein Erstattungsanspruch überwiegend auch geltend gemacht. Der Kreis der Grundsicherungsempfänger besteht zum einen also aus ehemaligen Empfängern von Sozialhilfe und wird

zum anderen durch neu hinzukommende Personen erweitert, die bislang keine Sozialhilfe beantragt hatten, sei es wegen fehlender Feststellung der Erwerbsminderung, sei es, um einen Unterhaltsrückgriff auf Kinder und Eltern zu vermeiden. Im Gegensatz zum Bundessozialhilfegesetz sieht das GSiG nämlich erst ab 100 000 Euro Jahreseinkommen einen Unterhaltsrückgriff vor. Bekämpft werden soll durch diese Sozialleistung insbesondere auch die „verschämte“ Altersarmut.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der erstmals vorliegenden Empfängerstatistik sowie die hochgerechneten Ausgaben für das Jahr 2003 dargestellt.

Frauen überwiegen bei den Empfängern

Am Jahresende 2003 erhielten in Hessen knapp 37 000 Menschen bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung. Für 63 % der Empfänger bedeuteten die Leistungen eine Linderung ihrer Armut im Alter, und 37 % waren dauerhaft erwerbsgemindert. Während die Leistungen wegen dauerhafter Erwerbsminderung stärker (55 %) von Männern in Anspruch genommen wurden, erhielten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter hauptsächlich (knapp 70 %) Frauen. Auch insgesamt erhielten Frauen Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung

Empfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003
nach ausgewählten Merkmalen

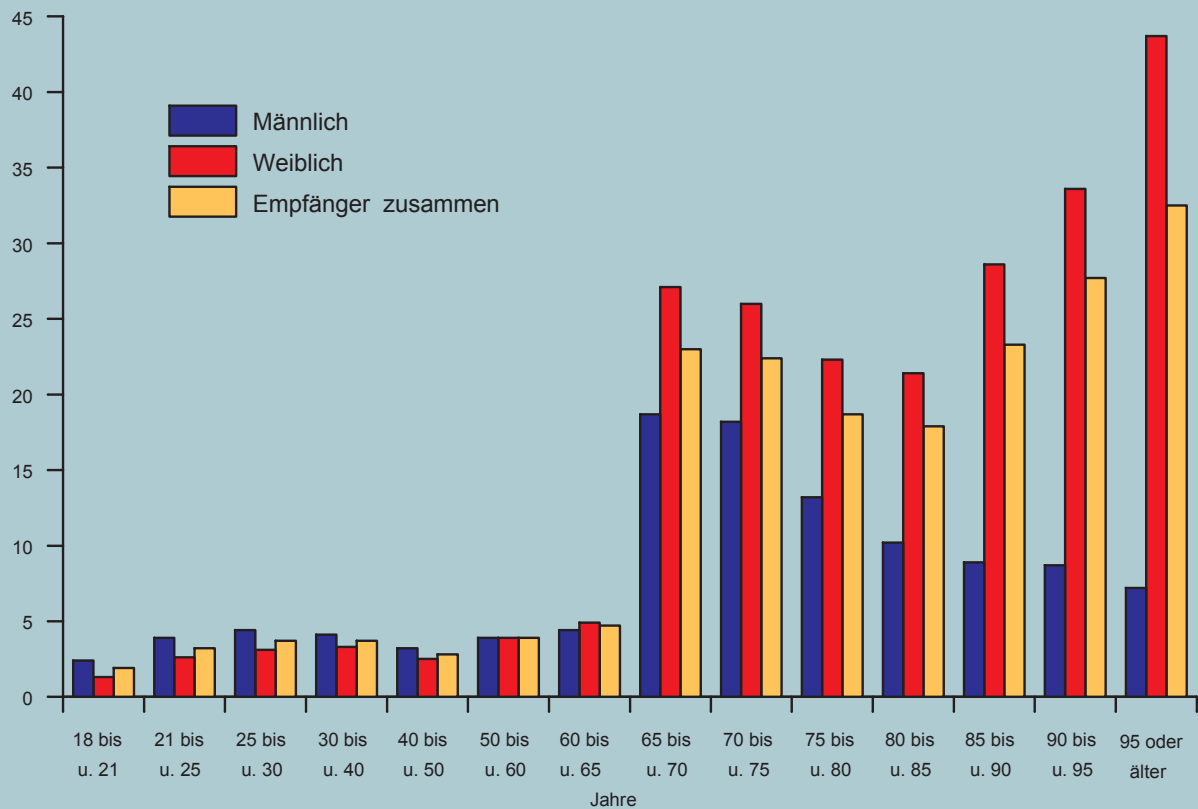
Art der Angabe	Insgesamt		davon		
	Anzahl	%	männlich	weiblich	
			Anzahl	%	
Grundzahlen					
Empfänger i n s g e s a m t	36 845	100	14 563	22 282	60,5
und zwar					
Ausländer	7 630	20,7	3 262	4 368	57,2
in Einrichtungen	9 363	25,4	4 243	5 120	54,7
voll erwerbsgeminderte Empfänger im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	13 675	37,1	7 486	6 189	45,3
und zwar					
Ausländer	1 243	3,4	653	590	47,5
in Einrichtungen	5 996	16,3	3 428	2 568	42,8
im Alter von ... Jahren					
18 bis unter 21	353	1,0	230	123	34,8
21 bis unter 25	898	2,4	541	357	39,8
25 bis unter 30	1 326	3,6	777	549	41,4
30 bis unter 40	3 612	9,8	2 028	1 584	43,9
40 bis unter 50	2 716	7,4	1 556	1 160	42,7
50 bis unter 60	2 937	8,0	1 485	1 452	49,4
60 bis unter 65	1 833	5,0	869	964	52,6
Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter von 65 Jahren oder älter	23 170	62,9	7 077	16 093	69,5
und zwar					
Ausländer	6 387	17,3	2 609	3 778	59,2
in Einrichtungen	3 367	9,1	815	2 552	75,8
im Alter von ... Jahren					
65 bis unter 70	8 047	21,8	3 145	4 902	60,9
70 bis unter 75	5 561	15,1	2 051	3 510	63,1
75 bis unter 80	4 085	11,1	1 146	2 939	71,9
80 bis unter 85	2 821	7,7	502	2 319	82,2
85 bis unter 90	1 347	3,7	138	1 209	89,8
90 bis unter 95	959	2,6	71	888	92,6
95 oder älter	350	0,9	24	326	93,1
Je 1000 Einwohner der entsprechenden Bevölkerungsgruppe					
Empfänger i n s g e s a m t	7,4	X	6,0	8,7	X
und zwar					
Ausländer	13,6	X	11,5	15,8	X
in Einrichtungen	1,9	X	1,8	2,0	X
voll erwerbsgeminderte Empfänger im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	3,5	X	3,8	3,2	X
Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter von 65 Jahren oder älter	21,5	X	15,9	25,5	X

zung häufiger als Männer, sie stellten fast 61 % der Empfänger insgesamt. Mit wachsendem Alter stieg der Frauenanteil, und zwar von 35 % in der Gruppe der 18 bis unter 21-Jährigen auf schließlich 93 % in der Gruppe der 95 Jahre oder älteren Empfänger. Das Anwachsen des Frauenanteils jenseits der 65 spiegelt nicht zuletzt die zunehmend eingeschränkten finanziellen Spielräume der älteren Frauen wider. Ohne ausreichende eigene Altersvorsorge und überwiegend auf Hinterbliebenenrente angewiesen müssen sie mit fortschreitendem Alter immer häufiger Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung für die Aufrechterhaltung des Lebensunterhalts in Anspruch nehmen. Der größte

Zuwachs des Frauenanteils ergibt sich beim Übergang von der Altersgruppe der 75- bis unter 80-Jährigen auf die nächsthöhere der 80- bis unter 85-Jährigen. Grund dafür dürfte die niedrigere Lebenserwartung der Männer sein, die durch die zunehmende Verwitwung der Frauen ab diesem Alter den Frauenanteil besonders deutlich anwachsen lässt (siehe auch Schaubild auf Seite 41).

Jeder fünfte Empfänger von Grundsicherung hat keine deutsche Staatsangehörigkeit, jedoch ist der Anteil der ausländischen Empfängerinnen mit 57 % etwas niedriger als im Landesdurchschnitt, was aus dem niedrigeren

Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung je 1000 Einwohner am 31.12.2003 nach Altersgruppen und Geschlecht



HSL 26/05

Anteil ausländischer Frauen an der ausländischen Bevölkerung insgesamt resultiert. Verglichen mit dem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, der am 31.12.2003 bei gut 11 % lag, ist deren Bedürftigkeit im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung mit knapp 21 % überdurchschnittlich hoch. In Einrichtungen lebte jeder vierte Empfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung. Voll erwerbsgemindert waren knapp zwei Drittel der Empfänger in Einrichtungen.

Eine von der reinen Empfängerzahl unabhängige Auskunft über das unterschiedliche Maß der Inanspruchnahme der neuen Leistung geben die altersgruppen- und geschlechtsspezifischen Quoten, d. h. die Zahl der Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung je 1000 Personen in der jeweils betrachteten Bevölkerungsgruppe. Am Jahresende 2003 erhielten im Landesdurchschnitt gut 7 von 1000 Einwohnern im Alter ab 18 Jahren diese Leistungen. Bei den dauerhaft Erwerbsgeminderten im Alter von 18 bis unter 65 Jahren war diese Quote mit 3,5 Empfängern je 1000 Personen nicht einmal halb so hoch. Mit gut 21 Empfängern auf 1000 Einwohner war die Quote für 65 Jahre oder Ältere dagegen fast dreimal so hoch. Die getrennte Betrachtung der Quoten für

Männer und Frauen in dieser Altersgruppe unterstreicht die erheblich höhere Bedürftigkeit der Frauen bzgl. der Grundsicherung im Alter. Während 16 von 1000 Männern die Leistungen erhielten, waren es 26 von 1000 Frauen. Bei den Ausländern lagen diese Quoten mit 114 bzw. 186 etwa siebenmal höher. Die Dynamik wachsender Bedürftigkeit älterer Frauen wird bei Betrachtung der altersgruppenspezifischen Quoten eindringlich deutlich. Lag diese für die 65- bis unter 70-jährigen Frauen erst knapp um die Hälfte höher als für gleichaltrige Männer, so errechnet sich für die 95 Jahre oder älteren Frauen mit knapp 44 eine sechsmal so hohe Quote.

Die Verteilung der Empfänger auf die einzelnen Verwaltungsbezirke differiert sehr stark. Das aus der Sozialhilfe bekannte Stadt-Land-Gefälle ist allerdings auch hier zu beobachten: Wie auch in der Sozialhilfe wird die bedarfsorientierte Grundsicherung in den kreisfreien Städten bezogen auf 1000 Einwohner mehr als doppelt so häufig in Anspruch genommen wie in den Landkreisen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden liegt mit 11,8 Empfängern je 1000 Einwohner noch vor den kreisfreien Städten Kassel und Frankfurt. Vom Landkreis Offenbach abgesehen, der noch über Rückstände in der

Ämpfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003 nach Verwaltungsbezirken¹⁾ und ausgewählten Merkmalen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger			und zwar														
	insgesamt	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾	voll erwerbsgemindert 18 bis unter 65 Jahre			65 Jahre oder älter			weiblich			Ausländer			in Einrichtungen		
				Anzahl	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾	Anzahl	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾	Anzahl	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾	Anzahl	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾	Anzahl	Anteil in %	auf 1000 Einwohner ²⁾
Darmstadt, Wissenschaftsst.	1 047	2,8	8,9	275	26,3	3,0	772	73,7	31,5	638	60,9	10,7	305	29,1	17,5	96	9,2	0,8
Frankfurt am Main, St.	5 628	15,3	10,3	1 009	17,9	2,3	4 619	82,1	43,3	3 482	61,9	12,3	2 191	38,9	18,5	471	8,4	0,9
Offenbach am Main, St.	970	2,6	9,9	152	15,7	1,9	818	84,3	42,1	628	64,7	12,7	391	40,3	15,8	4	0,4	0,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	2 665	7,2	11,8	490	18,4	2,8	2 175	81,6	44,1	1 721	64,6	14,5	780	29,3	17,5	228	8,6	1,0
Bergstraße	1 093	3,0	5,1	293	26,8	1,7	800	73,2	16,9	717	65,6	6,5	242	22,1	12,3	151	13,8	0,7
Darmstadt-Dieburg	911	2,5	3,9	272	29,9	1,4	639	70,1	13,9	589	64,7	4,9	141	15,5	5,7	54	5,9	0,2
Groß-Gerau	975	2,6	4,8	282	26,9	1,6	713	73,1	17,4	641	65,7	6,2	273	28,0	7,8	86	8,8	0,4
Hochtaunuskreis	938	2,5	5,1	212	22,6	1,5	726	77,4	17,4	605	64,5	6,2	269	28,7	12,2	117	12,5	0,6
Main-Kinzig-Kreis	1 169	3,2	3,5	324	27,7	1,2	845	72,3	12,0	761	65,1	4,5	209	17,9	6,4	196	16,8	0,6
Main-Taunus-Kreis	817	2,2	4,5	237	29,0	1,6	580	71,0	15,0	526	64,4	5,5	232	28,4	10,5	98	12,0	0,5
Odenwaldkreis	356	1,0	4,4	117	32,9	1,9	239	67,1	12,9	217	61,0	5,3	77	21,6	9,8	36	10,1	0,4
Offenbach	515	1,4	1,9	96	18,6	0,4	419	81,4	7,4	346	67,2	2,4	96	18,6	2,9	29	5,6	0,1
Rheingau-Taunus-Kreis	735	2,0	4,9	204	27,8	1,7	531	72,2	16,9	471	64,1	6,1	127	17,3	9,0	85	11,6	0,6
Wetteraukreis	1 493	4,1	6,2	441	29,5	2,3	1 052	70,5	20,6	928	62,2	7,5	228	15,3	11,8	172	11,5	0,7
Reg.-Bez. Darmstadt	19 312	52,4	6,2	4 384	22,7	1,8	14 928	77,3	23,2	12 270	63,5	7,7	5 661	28,8	12,8	1 823	9,4	0,6
Gießen	1 135	3,1	5,4	304	26,8	1,8	831	73,2	19,3	716	63,1	6,6	285	25,1	17,4	1	0,1	0,0
Lahn-Dill-Kreis	1 214	3,3	5,8	404	33,3	2,5	810	66,7	16,8	793	65,3	7,3	195	16,1	11,7	84	6,9	0,4
Limburg-Weilburg	703	1,9	5,0	151	21,5	1,4	552	78,5	17,9	479	68,1	6,7	136	19,3	12,9	135	19,2	1,0
Marburg-Biedenkopf	1 300	3,5	6,3	412	31,7	2,5	888	68,3	21,1	853	65,6	8,0	166	12,8	8,3	153	11,8	0,7
Vogelsbergkreis	381	1,0	4,0	150	39,4	2,1	231	60,6	9,5	229	60,1	4,7	29	7,6	7,6	62	16,3	0,6
Reg.-Bez. Gießen	4 733	12,8	5,5	1 421	30,0	2,1	3 312	70,0	17,6	3 070	64,9	6,9	811	17,1	12,0	435	9,2	0,5
Kassel, documenta-St.	1 845	5,0	11,4	415	22,5	3,3	1 430	77,5	38,0	1 193	64,7	13,8	464	25,1	24,3	186	10,1	1,1
Fulda	1 221	3,3	7,0	339	27,8	2,5	882	72,2	22,3	823	67,4	9,2	233	19,1	24,8	159	13,0	0,9
Hersfeld-Rotenburg	561	1,5	5,3	168	29,9	2,2	393	70,1	14,4	363	64,7	6,7	57	10,2	11,0	68	12,1	0,6
Kassel	879	2,4	4,4	297	33,8	1,9	582	66,2	12,4	588	66,9	5,7	147	16,7	19,0	72	8,2	0,4
Schwalb-Eder-Kreis	962	2,6	6,2	373	38,8	3,1	589	61,2	16,1	606	63,0	7,6	83	8,6	13,9	133	13,8	0,9
Waldeck-Frankenberg	520	1,4	3,8	195	37,5	1,9	325	62,5	9,7	321	61,7	4,6	40	7,7	5,7	30	5,8	0,2
Werra-Meißner-Kreis	405	1,1	4,4	107	26,4	1,6	298	73,6	12,4	266	65,7	5,6	52	12,8	17,0	50	12,3	0,5
Reg.-Bez. Kassel	6 393	17,4	6,2	1 894	29,6	2,4	4 499	70,4	18,3	4 160	65,1	7,8	1 076	16,8	18,7	698	10,9	0,7
Landesverkehrsverband	6 407	17,4	5 976	93,3	—	431	6,7	—	2 782	43,4	—	182	2,8	—	6 407	100,0	—	—
Land Hessen darunter	36 845	100	7,4	13 675	37,1	3,5	23 170	62,9	21,5	22 282	60,5	8,7	7 630	20,7	13,6	9 363	25,4	1,9
kreisfreie Städte Landkreise	12 155	33,0	10,6	2 341	19,3	2,6	9 814	80,7	41,3	7 662	63,0	12,8	4 131	34,0	18,4	985	8,1	0,9
	18 283	49,6	4,8	5 358	29,3	1,8	12 925	70,7	15,4	11 838	64,7	6,0	3 317	18,1	9,8	1 971	10,8	0,5

1) Sitz des Trägers. — 2) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2003 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Bearbeitung berichtet hatte, hat der Main-Kinzig-Kreis mit 3,5 Empfängern vor den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Darmstadt-Dieburg die niedrigste Empfängerdichte. Eingeschränkt auf die Armut im Alter ist das Gefälle der Inanspruchnahme zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen noch einmal stärker. Die Bedürftigkeit ist dort in den kreisfreien Städten um mehr als das Anderthalbfache höher. Wiesbaden liegt mit 44,1 wieder an der Spitze, gefolgt von den kreisfreien Städten Frankfurt, Offenbach und Kassel.

Armutsschwelle bei 620 Euro monatlich

Wie bei der Sozialhilfe lässt sich auch bei der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung ein durchschnittlicher Schwellenwert für das verfügbare Einkommen ermitteln, bei

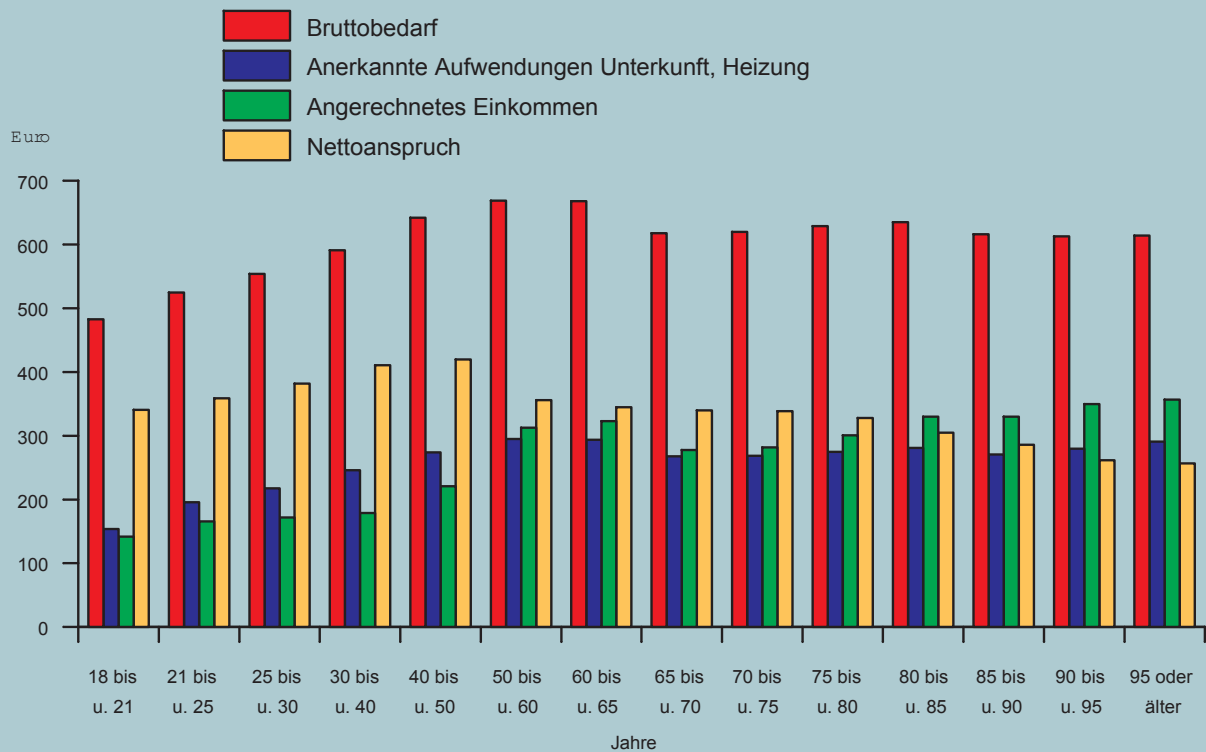
dessen Unterschreitung eine Unterstützung gewährt wird. Diese Armutsschwelle lag danach am Jahresende 2003 in Hessen bei 620 Euro monatlich. Dieser Betrag, im Amtsdeutsch „Bruttobedarf“ bezeichnet, ergibt sich als Summe aus dem Regelsatz, der im Durchschnitt bei 313 Euro lag, den anerkannten Kosten für Unterkunft und Heizung (267 Euro), den übernommenen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen (20 Euro) und den Mehrbedarfszuschlägen (19 Euro). Die übernommenen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge erscheinen niedrig, weil sich der Mittelwert auf alle Empfänger von GSiG bezieht, Beiträge aber nur für die Personen gezahlt wurden, bei denen wegen fehlender Rentenzahlungen kein Vorwegabzug dieser Beträge stattgefunden hatte.

Als Regelsatz wird der Betrag zu Grunde gelegt, der

Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003 und durchschnittliche monatliche Beträge nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angabe	Insgesamt	Bruttobedarf	darunter		Angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch		Durchschnittliche Dauer der Hilfegewährung in Monaten	Hochgerechnete Jahresausgaben 2003	
			anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung		Euro	%	Euro	%		1000 Euro	Euro je Empfänger
	Anzahl	Euro	%	Euro	%	Euro	%				
Empfänger insgesamt	36 845	620	267	43,1	273	44,0	347	56,0	11,2	143 132	3 885
und zwar											
weiblich	22 282	624	277	44,3	293	47,0	331	53,0	11,2	82 776	3 715
Ausländer	7 630	590	248	42,0	178	30,2	411	69,8	11,1	34 836	4 566
in Einrichtungen	9 363	650	316	48,6	251	38,6	399	61,4	11,2	41 777	4 462
voll erwerbsgeminderte Empfänger											
im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	13 675	617	260	42,1	233	37,8	384	62,2	11,2	58 822	4 301
und zwar											
weiblich	6 189	623	266	42,7	242	38,9	381	61,1	11,2	26 461	4 276
Ausländer	1 243	616	257	41,8	269	43,6	347	56,4	10,7	4 620	3 717
in Einrichtungen	5 996	659	317	48,1	202	30,7	456	69,3	11,9	32 557	5 430
im Alter von ... Jahren											
18 bis unter 21	353	483	154	31,9	142	29,5	341	70,5	9,2	1 104	3 128
21 bis unter 25	898	525	196	37,4	166	31,7	359	68,3	10,9	3 511	3 910
25 bis unter 30	1 326	554	218	39,4	172	31,0	382	69,0	11,2	5 658	4 267
30 bis unter 40	3 612	591	246	41,6	179	30,4	411	69,6	11,4	16 950	4 693
40 bis unter 50	2 716	642	274	42,6	221	34,5	420	65,5	11,3	12 895	4 748
50 bis unter 60	2 937	669	295	44,1	313	46,8	356	53,2	11,2	11 746	3 999
60 bis unter 65	1 833	668	294	44,1	323	48,4	345	51,6	11,1	7 028	3 834
Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter von 65 Jahren oder älter	23 170	622	272	43,7	296	47,6	326	52,4	11,2	84 322	3 639
und zwar											
weiblich	16 093	624	281	45,0	313	50,1	312	49,9	11,2	56 314	3 499
Ausländer	6 387	585	246	42,0	161	27,5	424	72,5	11,2	30 253	4 737
in Einrichtungen	3 367	633	314	49,5	337	53,2	297	46,8	11,7	11 663	3 464
im Alter von ... Jahren											
65 bis unter 70	8 047	618	268	43,3	278	44,9	340	55,1	10,7	29 325	3 644
70 bis unter 75	5 561	620	269	43,3	282	45,4	339	54,6	11,4	21 520	3 870
75 bis unter 80	4 085	629	275	43,8	301	47,8	328	52,2	11,4	15 283	3 741
80 bis unter 85	2 821	635	281	44,2	330	52,0	305	48,0	11,5	9 855	3 494
85 bis unter 90	1 347	616	271	44,0	330	53,6	286	46,4	11,3	4 365	3 241
90 bis unter 95	959	613	280	45,8	350	57,2	262	42,8	11,4	2 856	2 978
95 oder älter	350	614	291	47,3	357	58,1	257	41,9	11,5	1 040	2 970

Durchschnittliche monatliche Beträge der Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003 nach Altersgruppen



HSL 27/05

einem Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe zusteht, erhöht um 15 % des Betrags, der dem Haushaltsvorstand einer Bedarfsgemeinschaft in der Sozialhilfe gewährt wird. Ein Mehrbedarf wird dann anerkannt, wenn der Empfänger bzw. die Empfängerin einen Ausweis für schwerbehinderte Menschen nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit dem Merkzeichen „G“ bzw. „aG“ besitzt. Ist dies der Fall, so ist ein Mehrbedarf von 20 % des maßgeblichen Regelsatzes des Empfängers anzusetzen. Nach Abzug der anrechenbaren Einkünfte von 273 Euro erhielt jeder Empfänger im Durchschnitt gut 11 Monate lang jeweils 347 Euro ausbezahlt. Bei der Berechnung der Dauer schlägt vor allem die Tatsache zu Buche, dass die Leistung erstmals zu Beginn des Jahres 2003 gewährt wurde und erst nach mehreren Jahren der Gewährung von bedarfsorientierter Grundsicherung aussagefähige Daten hinsichtlich einer durchschnittlichen Leistungsdauer zu erwarten sind. Der Mittelwert von 347 Euro liegt ganz in der Nähe des Zentralwerts der Verteilung der Nettoansprüche von 342 Euro. Es handelt sich dabei um den Betrag, den die Leistungen an die eine Hälfte der Empfänger übersteigen, während die andere Hälfte weniger als 342 Euro erhalten hat. Im Durchschnitt deckte das anzurechnende Einkommen die anerkannten Aufwendungen für Unter-

kunft und Heizung ab, sodass im Durchschnitt ein Betrag in der Höhe des Nettoanspruchs für den Lebensunterhalt zur Verfügung stand, etwas weniger als 12 Euro pro Tag.

Die Höhe der monatlichen Auszahlungsbeträge hängt ab von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Unterbringung in einer Einrichtung und Sitz des Trägers. So liegen die monatlichen Leistungen an Frauen mit 332 Euro gut 4 % unter dem Landesdurchschnitt, was darauf zurückzuführen ist, dass die angerechneten Einkommen bei ihnen höher sind als bei allen Empfängern zusammen. Ausländer bekommen gut 18 % mehr als im Landesdurchschnitt ausbezahlt (411 Euro), da sie über ein erheblich geringeres anzurechnendes Einkommen verfügen. Dauerhaft erwerbsgeminderte Empfänger in Einrichtungen haben mit 456 Euro den höchsten Anspruch unter den einzelnen Empfängergruppen, er liegt gut 31 % über dem Landesdurchschnitt. Hier wirken sich erhöhte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sowie altersbedingt geringere anrechenbare Einkommen anspruchsteigernd aus. Grundsätzlich fällt der Nettoanspruch mit steigendem Alter, da dann höhere anrechenbare Einkünfte bei den Empfängern anzutreffen sind. Die Aufwendungen für Unterkunft und Hei-

Empfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003 und durchschnittliche monatliche Beträge nach Verwaltungsbezirken¹⁾ und ausgewählten Merkmalen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger	Bruttobedarf	darunter		Angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch		Durchschnittliche Dauer der Hilfefewährung in Monaten	Hochgerechnete Jahresausgaben 2003	
			anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung		Euro	%	Euro	%		Euro	%
		Euro	%	Euro	%	Euro	%	Euro	%	1000 Euro	Euro je Empfänger
Darmstadt, Wissenschaftsst.	1 047	647	287	44,3	278	42,9	369	57,1	11,0	4 242	4 051
Frankfurt am Main, St.	5 628	702	340	48,5	297	42,3	405	57,7	11,1	25 356	4 505
Offenbach am Main, St.	970	713	341	47,9	375	52,6	338	47,4	10,7	3 518	3 626
Wiesbaden, Landeshauptst.	2 665	702	349	49,7	298	42,5	403	57,5	11,5	12 373	4 643
Bergstraße	1 093	568	213	37,6	320	56,3	249	43,7	10,9	2 953	2 702
Darmstadt-Dieburg	911	575	221	38,4	288	50,1	287	49,9	10,9	2 840	3 117
Groß-Gerau	975	592	247	41,7	265	44,8	327	55,2	10,4	3 308	3 392
Hochtaunuskreis	938	635	273	42,9	310	48,8	325	51,2	10,9	3 326	3 546
Main-Kinzig-Kreis	1 169	591	242	41,0	269	45,5	322	54,5	11,3	4 257	3 641
Main-Taunus-Kreis	817	655	304	46,3	262	40,0	393	60,0	10,3	3 296	4 034
Odenwaldkreis	356	557	206	37,0	275	49,4	282	50,6	11,0	1 103	3 097
Offenbach	515	622	265	42,6	378	60,7	244	39,3	11,1	1 400	2 718
Rheingau-Taunus-Kreis	735	578	232	40,2	266	46,0	312	54,0	10,7	2 466	3 355
Wetteraukreis	1 493	576	219	38,0	281	48,8	295	51,2	10,9	4 819	3 227
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	19 312	649	292	45,0	296	45,6	353	54,4	11,0	75 131	3 890
Gießen	1 135	580	227	39,2	256	44,2	324	55,8	11,1	4 091	3 605
Lahn-Dill-Kreis	1 214	540	192	35,6	288	53,3	252	46,7	11,0	3 380	2 784
Limburg-Weilburg	703	518	178	34,3	226	43,6	292	56,4	11,4	2 349	3 341
Marburg-Biedenkopf	1 300	559	204	36,6	262	46,8	297	53,2	11,0	4 238	3 260
Vogelsbergkreis	381	483	147	30,4	249	51,5	234	48,5	10,8	965	2 532
Reg.-Bez. G i e ß e n	4 733	547	198	36,2	261	47,7	286	52,3	11,1	15 013	3 172
Kassel, documenta-St.	1 845	616	254	41,3	332	54,0	283	46,0	11,2	5 845	3 168
Fulda	1 221	532	180	33,8	264	49,6	268	50,4	11,0	3 589	2 940
Hersfeld-Rotenburg	561	533	178	33,4	208	39,1	325	60,9	11,1	2 023	3 607
Kassel	879	520	170	32,6	226	43,5	294	56,5	11,0	2 834	3 224
Schwalm-Eder-Kreis	962	515	165	32,0	258	50,1	257	49,9	10,8	2 668	2 774
Waldeck-Frankenberg	520	500	155	31,0	266	53,2	234	46,8	10,8	1 320	2 538
Werra-Meißner-Kreis	405	507	154	30,4	255	50,3	252	49,7	11,2	1 147	2 833
Reg.-Bez. K a s s e l	6 393	548	194	35,4	272	49,7	276	50,3	11,0	19 416	3 037
Landeswohlfahrtsverband	6 407	659	317	48,1	212	32,1	447	67,9	11,9	34 118	5 325
Land H e s s e n	36 845	620	267	43,1	273	44,0	347	56,0	11,2	143 132	3 885
darunter											
kreisfreie Städte	12 155	685	325	47,4	307	44,9	378	55,1	11,2	51 300	4 220
Landkreise	18 283	564	212	37,6	271	48,1	292	51,9	10,9	58 428	3 196

1) Sitz des Trägers.

zung steigen ebenfalls mit dem Alter der Empfänger – wenn auch nicht kontinuierlich –, die Zuwächse bleiben insgesamt aber hinter den Steigerungen der anrechenbaren Einkommen zurück.

In regionaler Hinsicht ergibt sich folgende Unterscheidung: Für die kreisfreien Städte errechnet sich ein knapp 9 % höherer Auszahlungsbetrag (378 Euro) als in den Landkreisen, der durch überdurchschnittlich hohe Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (325 Euro) in diesen Verwaltungsbezirken ausgelöst wird, die nicht

durch ein entsprechend höheres anrechenbares Einkommen ausgeglichen werden können. An der Spitze liegt die Stadt Frankfurt (405 Euro), dicht gefolgt von Wiesbaden (403 Euro). In den Landkreisen bleibt der Auszahlungsbetrag knapp 16 % unter dem Landeswert. Hier wirken sich die niedrigeren Aufwendungen für Unterkunft und Heizung dämpfend aus, die bei knapp 80 % des Landeswertes liegen. Der niedrigste Auszahlungsbetrag von 234 Euro errechnet sich sowohl für den Vogelbergkreis als auch für den Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003 nach ausgewählten Einkommensarten und Empfängergruppen

Art der Angabe	Empfänger		und zwar					
	Anzahl	%	weiblich		voll erwerbsgemindert unter 65 Jahre		65 Jahre oder älter ¹⁾	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger	36 845	100	22 282	60,5	13 675	37,1	23 170	62,9
davon								
ohne anrechenbares Einkommen	4 974	13,5	2 957	59,4	1 019	20,5	3 955	79,5
mit Einkommen	31 871	86,5	19 325	60,6	12 656	39,7	19 215	60,3
und zwar aus ²⁾								
Wohngeld	15 803	49,6	9 395	59,5	6 725	42,6	9 078	57,4
Altersrente	13 944	43,8	9 681	69,4	198	1,4	13 746	98,6
Erwerbseinkommen	6 056	19,0	2 675	44,2	5 619	92,8	437	7,2
Hinterbliebenenrente	4 160	13,1	3 893	93,6	319	7,7	3 841	92,3
Rente wegen Erwerbsminderung	3 968	12,5	1 900	47,9	3 568	89,9	400	10,1
sonstigen Einkünften	3 143	9,9	1 932	61,5	1 297	41,3	1 846	58,7
Kindergeld	2 389	7,5	1 050	44,0	2 250	94,2	139	5,8
anrechenbaren Einkünften aus ehelicher bzw. eheähnlicher Gemeinschaft	942	3,0	705	74,8	119	12,6	823	87,4
Rente aus betriebl. Altersvorsorge	624	2,0	464	74,4	77	12,3	547	87,7
privaten Unterhaltsleistungen	558	1,8	424	76,0	202	36,2	356	63,8

1) Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter von 65 Jahren oder älter. — 2) Durch mehrfache Nennung von Einkommensquellen übersteigen die Summen der Einzelwerte die Gesamtzahlen. Nicht nachgewiesen sind Versorgungsbezüge, Renten aus sonstiger privater Vorsorge und aus der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge sowie Leistungen der GKV. Sie wurden nur 216 mal genannt.

Wohngeld und Altersrente wichtigste Einkommensquellen

Gut jeder siebte Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verfügt über keine anrechenbare Einkünfte. Wohngeld ist insgesamt die wichtigste Einkommensquelle, gefolgt von der Altersrente und – mit weitem Abstand – dem Erwerbseinkommen. Unter den voll erwerbsgeminderten Empfängern ist gut jeder Dreizehnte ohne anrechenbares Einkommen, Erwerbseinkommen ist nach dem Wohngeld die wichtigste Einkommensquelle, die Rente wegen Erwerbsminderung folgte auf Platz drei. Altersrenten sind bei diesen Empfängern nahezu bedeutungslos. Bei den über 65 Jahre alten Empfängern verfügte nur jeder Sechste über ein anrechenbares Einkommen. Neun von zehn Empfängern bekommen Rente, sei es eine Alters-, Hinterbliebenenrente oder eine Rente wegen Erwerbsminderung.

Überleitungen aus der Sozialhilfe am häufigsten

Obwohl im Erhebungsbogen die Möglichkeit besteht, zwei Ursachen für den Leistungsbezug anzugeben, machten davon nur wenige Träger Gebrauch. Damit ist die Aufgliederung nach den Gründen des Leistungsbezugs nahezu unverzerrt. Es ist erkennbar, dass es sich bei der Mehrheit der Empfänger um frühere Empfänger laufender Hilfe zum Unterhalt oder auch von Hilfe in besonderen Lebenslagen handelt.

Zur Abgrenzung der echten Neuzugänge muss man einen Blick auch auf die Herkunft der Empfänger werfen, für die als Ursache der Leistungsgewährung keine konkrete Angabe, nämlich „keiner der vorher genannten Schlüssel“, kodiert ist. Von den in Frage kommenden 18 500 Empfängern der zugehörigen Rubrik „sonstige Ursache“ sind 6407 vom Landeswohlfahrtsverband (LWV) gemeldet, mithin befinden sie sich in dessen Obhut und haben in aller Regel vorher Hilfe in besonderen Lebenslagen, also etwa eine Sozialleistung in Form von Hilfe zur Pflege, erhalten. Sie können also nicht als Neuzugänge im engeren Sinn betrachtet werden. Für die Differenz aus den beiden Zahlen, der Gesamtzahl und den vom LWV gemeldeten Empfängern, 12 060 oder ein knappes Drittel aller Empfänger, kann unterstellt werden, dass es sich um echte Neuzugänge handelt, die zum Zeitpunkt der Beantragung von Leistungen nach dem GSiG keine Form von Sozialhilfe erhalten haben. Diese Antragsteller können – wie eingangs schon erwähnt – auf Grund der Einkommensgrenze für Kinder und Eltern in Höhe von 100 000 Euro Jahreseinkommen sicher sein, dass kein Unterhaltsrückgriff nach dem neuen Gesetz erfolgen würde. Damit ist in knapp 9000 Fällen „verschämte“ Armut im Alter gelindert worden.

Gesamtaufwand bei 143 Mill. Euro

Obwohl über den Beginn der neuen Statistik frühzeitig informiert worden war, waren nicht alle Träger ausrei-

**Empfänger bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2003
nach Ursachen der Leistungsgewährung**

Art der Angabe	Empfänger		darunter im Alter von 65 Jahren oder älter ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger z u s a m m e n	36 845	100	23 170	62,9
und zwar nach Ursache ²⁾				
Überleitung aus der Sozialhilfe (HLU) ohne vorherigen Unterhaltsrückgriff	17 398	47,2	13 283	76,3
Überleitung aus der Sozialhilfe (HLU) mit vorherigem Unterhaltsrückgriff	272	0,7	195	71,7
Wegfall von Erwerbseinkommen/Lohnersatzleistungen	164	0,4	120	73,2
Wegfall oder Einschränkung einer finanz. Absicherung durch den/die Ehepartner(in) bzw. Partner(in) einer eheähnlichen Gemeinschaft	29	0,1	19	65,5
Wegfall von Unterhaltsleistungen der Kinder und/oder Eltern	229	0,6	102	44,5
Wegfall anderer Einkommen	77	0,2	48	62,3
erhöhter Ausgabenbedarf	227	0,6	181	79,7
sonstige Ursache	18 467	50,1	9 232	50,0
darunter vom LWV ³⁾ betreut	6 407	17,4	431	6,7

1) Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter von 65 Jahren oder älter. — 2) Auf Grund von Mehrfachnennungen übersteigt die Summe der Einzelwerte die Gesamtzahl der Empfänger. — 3) Landeswohlfahrtsverband.

chend vorbereitet, sodass die Ausgaben oft nicht korrekt zugeordnet und daher nur geschätzt werden konnten. Aus diesem Grund werden hier nur die hochgerechneten Ausgaben und deren Verteilung auf die Verwaltungsbezirke betrachtet. Dieses Vorgehen hat z. B. bei der Darstellung der Ausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt belastbare Ergebnisse bereitgestellt. Für Hessen errechnen sich auf diesem Weg Ausgaben in Höhe von gut 143 Mill. Euro. Sie sind das Produkt aus drei Größen: der Zahl der Empfänger, dem durchschnittlichen monatlichen Nettoanspruch und der durchschnittlichen Dauer der Gewährung in Monaten. Danach hatte jeder Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung im Jahr 2003 im Mittel 3885 Euro erhalten. Die Bandbreite der durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen je Emp-

fänger erstreckte sich von 2532 Euro im Vogelsbergkreis bis zu 4643 Euro in Wiesbaden. Hier wurden knapp 20 % mehr als im Landesdurchschnitt aufgewendet, dort 35 % weniger. Die zugehörige Messzahl des höchsten Aufwands, gemessen am niedrigsten – nämlich 183,4 – verdeutlicht das Gefälle. Maßgeblich für dieses Gefälle sind die Unterschiede bei den anerkannten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Der durchschnittliche Aufwand für Heizung und Unterkunft ist in Wiesbaden knapp 2,4 mal so hoch wie im Vogelsbergkreis.

Nach der erneuten Durchführung der Erhebung und der Überwindung der Anfangsschwierigkeiten mit der Bearbeitung im ersten Jahr werden für das Jahr 2004 sicherlich belastbare Aussagen zu den Brutto- und Nettoausgaben aus dem Rechnungswesen zu treffen sein.

Stallhaltungsformen bei Milchkühen und Mastschweinen im November 2004

Innerhalb der Erhebung über die Viehbestände im November 2004 wurden die Stallhaltungsverfahren bei Milchkühen und bei Mastschweinen¹⁾ als eine Basis zur Erfüllung der Berichtspflichten des Kyoto-Protokolls erfragt²⁾. Im Rahmen dieser Berichtspflichten werden durch Repräsentativerhebungen landwirtschaftliche Betriebe u. a. zu folgenden umweltrelevanten Aspekten befragt werden:

- Bodenbearbeitung, d. h. Mulchsaat, pfluglose Verfahren,
- Stallhaltungsformen in der Milchvieh- und Mastschweinehaltung,
- Fragen zur Gülleausbringtechnik und Güllelagerabdeckung.

Die zu erhebenden Merkmale zielen dabei vor allem auf die Erfassung so genannter kritischer Belastungen bzw. Einträge (Critical-Loads), wobei im Bereich der Landwirtschaft insbesondere Ammoniak (NH₃) von Bedeutung ist. NH₃ wird ganz überwiegend im Bereich der

1) Ab 50 kg Lebendgewicht.

2) „Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 10/Oktober 2002, S. 290 ff.

3) „Integrierte Erhebung 2004 in Hessen“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 59. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 2004, S. 170 ff.

Tierhaltung emittiert, speziell aus der Rinderhaltung. Fragen zur Bodenbearbeitung wurden bereits im Mai 2004 im Rahmen der Integrierten Erhebung erfasst³⁾, die Fragen zur Gülleausbringtechnik und Güllelagerabdeckung werden in die Agrarstrukturerhebung 2005 integriert.

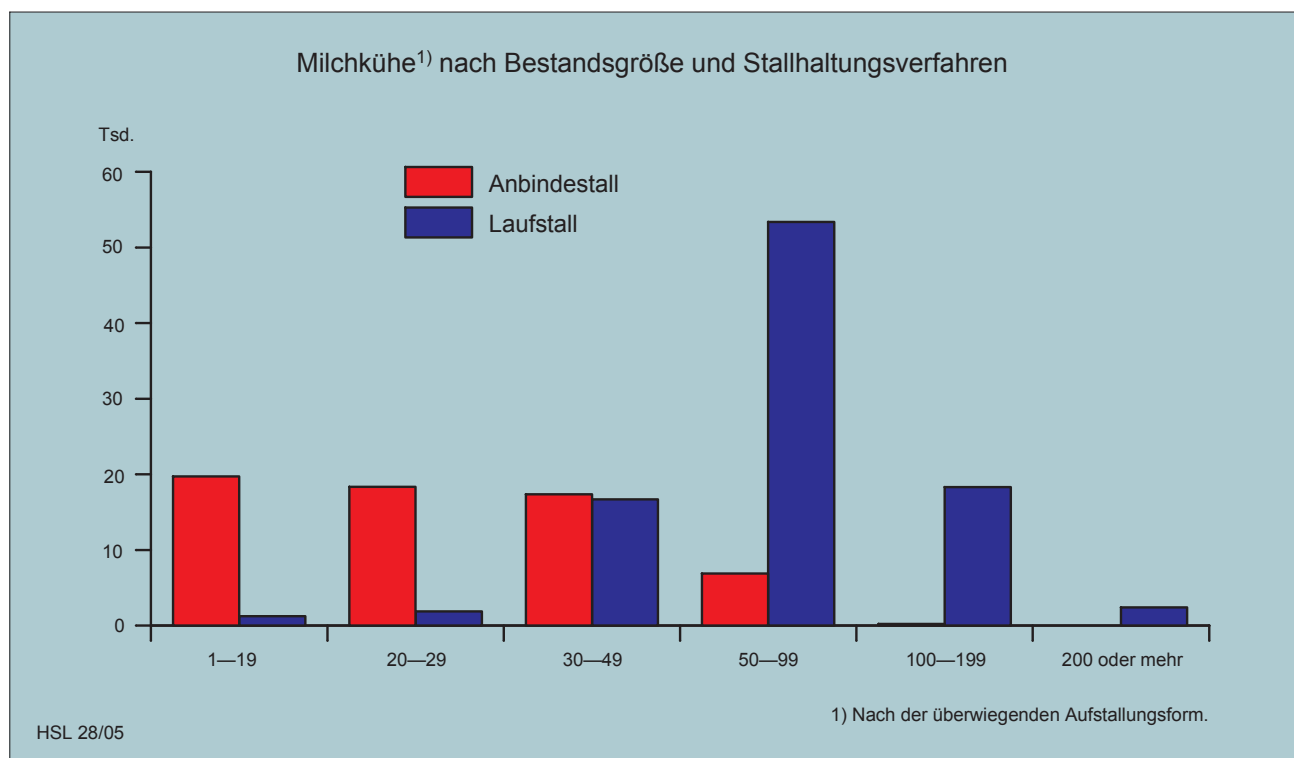
Die Ergebnisse zu den Stallhaltungsformen sind dabei ein „Koppelprodukt“ der Umweltberichterstattungspflichten. Die repräsentativ ermittelten Grundzahlen werden von anderen Institutionen – wie beispielsweise der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft – weiterverwendet, indem die für bestimmte Stallhaltungsformen relevanten Emissionswerte mit der Anzahl der Tiere zur Gesamtemission aggregiert werden.

Knapp 32 Milchkühe je Betrieb

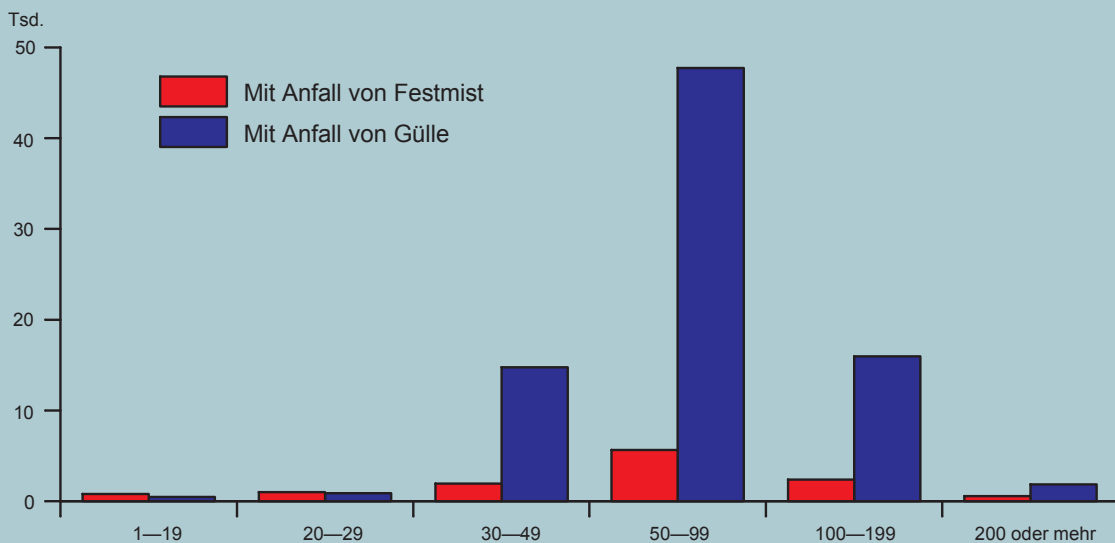
Bei der Erhebung über die Viehbestände im November 2004 wurden 156 500 Milchkühe und 4900 Milchvieh haltende Betriebe gezählt. Der Durchschnittskuhbestand lag somit bei knapp 32 Milchkühen je Betrieb. Die meisten Milchkühe wurden allerdings in Beständen zwischen 50 und 99 Tieren gehalten (60 300 Milchkühe).

60 % der hessischen Milchkühe stehen in einem Laufstall

60 % der 156 500 hessischen Milchkühe wurden in einem Laufstallsystem gehalten. Von diesen 93 900 Milchkühen wurden 81 600 in Stallsystemen mit Gülleanfall und 12 300 in solchen mit Festmistanfall gehalten.



Milchkühe¹⁾ in Laufstallsystemen nach Bestandsgröße und Art des Wirtschaftsdüngeranfall



1) Nach dem überwiegenden Anfall von Wirtschaftsdünger.

HSL 29/05

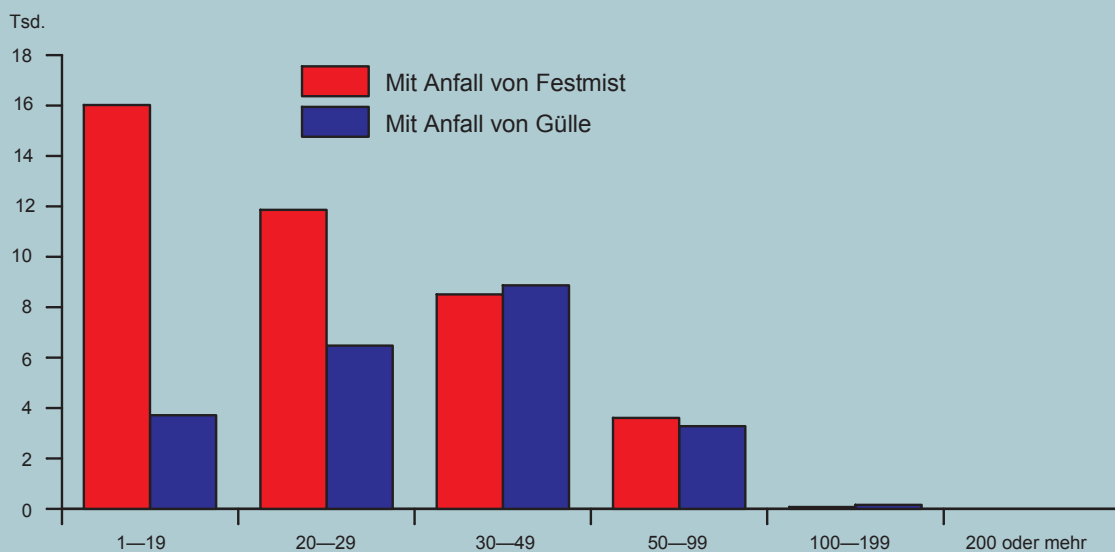
62 600 Milchkühe standen in einem Anbindestall, davon 40 % oder fast zwei Drittel (40 100 Tiere) in Stallsystemen mit Festmistanfall und 22 500 in Stallsystemen mit Gülleanfall.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Erhebung des Hessischen Verbandes für Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht (HVL) über die Struktur der Milchleis-

tungsprüfungsbetriebe (MLP-Betriebe) mit denen der Erhebung des Hessischen Statistischen Landesamtes zeigt, dass ähnliche Ergebnisse ermittelt wurden⁴⁾. Die Grundgesamtheit der HVL-Erhebung betrug 3250 Betriebe mit knapp 126 000 Milchkühen. Da die MLP-Betriebe tendenziell größere Bestände bewirtschaften als die Gesamtheit der hessischen Milcherzeuger, war der Anteil der Betriebe mit Milchkühen in Laufställen mit knapp 65 % bzw. gut 35 % der Milchkühe in Anbindeställen etwas höher bzw. niedriger. Zwischen Stallhal-

4) Jahresbericht 2004 des Hessischen Verbandes für Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht e. V., Seite 69.

Milchkühe¹⁾ in Anbindeställen nach Bestandsgröße und Art des Wirtschaftsdüngeranfall



1) Nach dem überwiegenden Anfall von Wirtschaftsdünger.

HSL 30/05

tungssystem und Melksystem bestand nahezu eine Übereinstimmung. Nach HVL-Angaben waren 33 % der Betriebe mit Rohrmelkanlagen und knapp 65 % mit Melkständen ausgestattet.

Da im Rahmen der betrieblichen Entwicklung oftmals Mischformen der verschiedenen Stallhaltungsverfahren anzutreffen sind, wurden von den 4900 Betrieben mit Milchkuhhaltung 3440 Betriebe mit Anbindeställen gezählt, darunter 3240 Betriebe ausschließlich mit dieser Haltungsform. Weiter gab es 1660 Betriebe mit Laufställen, wobei 1460 Betriebe ihre Milchkühe ausschließlich im Laufstall hielten. Während 4700 Betriebe sich entweder für Laufstall- oder Anbindehaltung entschieden, gab es bei den Entmistungsarten 4430 Betriebe, die sich entweder für ein reines Festmistverfahren (2610 Betriebe) oder ein reines Gülleverfahren (1820 Betriebe) entschieden.

5) Außenklimastall als Kistenstall: Im Liegebereich wird durch zusätzliche Maßnahmen, wie z. B. wärmedämmende Abdeckungen bzw. „Kisten“ eine zweite Klimazone mit deutlich veränderten Temperaturen geschaffen (z. B. Nürtinger System und vergleichbare Kistenstallsysteme).

*) Tel.: 0611 3802-519 · E-Mail: jfuehrer@statistik-hessen.de

Mastschweine stehen in geschlossenen Ställen

Gut 95 % aller Mastschweine stehen in geschlossenen Ställen, also in der Regel in wärmedämmten Ställen mit Zwangslüftung. Knapp 5 % bzw. 15 200 Tiere stehen in so genannten Außenklimaställen (ohne Wärmedämmung; es ist mindestens eine Wandseite teilflächig oder ganz „geöffnet“, ggf. mit Windschutznetzen oder Spaceboards versehen, teilweise mit offenem First). Die Fragestellung bei Außenklimaställen wurde nochmals unterteilt nach so genannten Kistenställen⁵⁾ und Tiefstreuställen. Dabei wurden 8150 Mastschweine in Kistenställen und 7070 Mastschweine in Tiefstreuställen ermittelt.

Wie auch bei den Milchkühen war mit zunehmender Bestandgröße der Mastschweinehaltung eine Zunahme des Wirtschaftsdüngeranfalls in Form von Gülle zu beobachten. In Mastschweinebeständen bis unter 100 Tieren war die überwiegende Art des Wirtschaftsdüngeranfalls Festmist, in Beständen ab 100 Tieren war dies Gülle. Gut 69 % der Mastschweine waren in diesen Bestandsgruppen anzutreffen.

Jörg Führer ^{*)}

Historische Fundgrube: Vertriebene in Hessen

In der Rubrik „Historische Fundgrube“ wird in unregelmäßigen Abständen Archivmaterial der Bibliothek des Hessischen Statistischen Landesamtes ausgewertet.

Kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges begann eine der größten Massenwanderungen der Geschichte: die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, aus Polen, der Tschechoslowakei und Südosteuropa nach Deutschland. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren wurden in allen vier Besatzungszonen Deutschlands von der amtlichen Statistik Daten über die Heimatvertriebenen erfasst und ausgewertet. Im Folgenden wird ein Teil der Ergebnisse für das bereits 1945 gegründete Land Hessen dargestellt¹⁾.

In den letzten Monaten des 2. Weltkrieges flohen große Teile der Bevölkerung vor den heranrückenden sowjetischen Truppen aus dem damaligen Osten Deutschlands nach Westen. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 erkannten die Westmächte die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens an. Eine Folge war, dass weitere Deutsche aus den jetzt polnischen Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches sowie die deutsche Bevölkerung aus den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland, insbesondere aus der Tschechoslowakei, ausgewiesen wurden. Auch nach der Legalisierung der Vertreibung durch das Potsdamer Abkommen lief die Ausweisung nicht in geregelter und menschlicher Weise ab. Eine Folge davon ist, dass es aus den o. g. Herkunftsländern selbst keine gesicherten Zahlen über die Flüchtlinge und Ausgewiesenen gibt, die allgemein als Heimatvertriebene bezeichnet werden.

Die Vertriebenen mussten in den vier Besatzungszonen Deutschlands, in denen nach dem Krieg ohnehin eine katastrophale Versorgungslage herrschte, aufgenommen und integriert werden. Es gab daher in ganz Deutschland schon früh ein Interesse daran, die Heimatvertriebenen zahlenmäßig zu erfassen. Insbesondere die ersten Volkszählungen nach dem Krieg, die 1946

und 1950 stattfanden, wurden dazu genutzt, detaillierte Daten über ihre Lage zu ermitteln.

Volkszählung 1946

Die erste Volkszählung nach dem 2. Weltkrieg fand in Deutschland am 29. Oktober 1946 statt. In Hessen lebten zu diesem Zeitpunkt knapp 4 Mill. Menschen, das waren ca. 517 000 mehr, als auf dem Gebiet des Bundeslandes Hessen am 1. September 1939 gezählt wurden. Die Bevölkerungszunahme ist allein auf Zuwanderungen zurückzuführen, da der Geburtenüberschuss (etwa 120 000) die Bevölkerungsverluste, die in den Kriegsjahren durch Abwanderungen, Gefallene, Vermisste und Kriegsgefangene (ca. 430 000), entstanden waren, nicht kompensieren konnte. Zwischen den Volkszählungen 1939 und 1946 wanderten rund 830 600 Menschen nach Hessen ein, darunter waren 537 000 Heimatvertriebene. Da es zu dieser Zeit noch keinen einheitlichen gesetzlichen Begriff für die Heimatvertriebenen gab, wurde in der amtlichen Statistik folgende Definition verwendet: Heimatvertriebene waren alle Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den nach dem 2. Weltkrieg abgetretenen Reichsgebieten (ehemalige Ostgebiete des Deutschen Reiches östlich der Oder-Neiße-Linie und Saargebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) hatten oder im Ausland lebten und gleichzeitig die deutsche Muttersprache hatten, sowie deren Kinder. Der Anteil der Heimatvertriebenen an der Wohnbevölkerung betrug 1946 bereits 13,4 %. Diese Zahl macht deutlich, dass die Vertriebenen einen großen Einfluss auf die Entwicklung Hessens hatten²⁾.

Volkszählung 1950

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1946 waren auf Grund der großen Wanderungsbewegungen in den darauffolgenden Jahren schnell überholt. Daher fand bereits vier Jahre später, am 13. September 1950, der nächste, wesentlich umfangreichere Zensus statt. Die Volkszählung war mit einer Berufs- und Wohnungszählung und der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden. Wie bereits im Jahr 1946 wurde wieder die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 sowie nach der Muttersprache aufgenommen. Aus dieser Zählung liegen Daten in tiefer sachlicher und regionaler Gliederung über die Heimatvertriebenen vor. Zu diesem Zeitpunkt war die Vertreibung weitgehend beendet, aber die Bundesumsiedlung

1) Grundlage des Artikels war folgende Literatur: Nellner, Werner: Grundlagen und Hauptergebnisse der Statistik, in: Die Vertriebenen in Westdeutschland, hrsg. von Eugen Lemberg und Friedrich Edding, Band 1, Kiel 1959; Beitrag zur Statistik Hessens Nr. 18, Wiesbaden 1949; Beitrag zur Statistik Hessens Nr. 48, Wiesbaden 1952; Beiträge zur Statistik Hessens, Sonderreihe Volks-, Berufs- und Wohnungszählung 1950, Wiesbaden 1951 und 1952; Staat und Wirtschaft in Hessen, Jahrgänge 6 und 7, Wiesbaden 1951 und 1952.

2) Rein zahlenmäßig gesehen war die Bedeutung der Heimatvertriebenen in Hessen größer als die der nichtdeutschen Bevölkerung heute, deren Anteil am 31.12.2002 ca. 11,6 % an der Gesamtbevölkerung betrug.

**Gesamtbevölkerung und Heimatvertrieben in Hessen
am 29.10.1946 und am 13.09.1950
nach ausgewählten Merkmalen**

Personenkreis	Insgesamt		darunter Heimatvertriebene	
	Anzahl		%	
Bevölkerung am 29.10.1946	3 995 678	536 920	13,4	
Bevölkerung am 13.9.1950	4 323 801	720 583	16,7	
und zwar				
männlich	2 024 175	340 160	16,8	
weiblich	2 299 626	380 423	16,5	
unter 15	976 124	171 727	17,6	
15 bis unter 65	2 916 471	491 646	16,9	
65 oder mehr	431 206	57 210	13,3	
römisch-katholisch	1 391 707	459 509	33,0	
evangelische Kirchen	2 773 002	245 100	8,8	
andere Gemeinschaften	159 092	15 974	10,0	
Gemeindegroßenklassen				
unter 2 000	1 532 331	338 645	22,1	
2 000 bis unter 5 000	710 316	132 119	18,6	
5 000 bis unter 20 000	701 938	105 291	15,0	
20 000 bis unter 100 000	464 306	53 395	11,5	
100 000 und mehr	914 910	91 491	10,0	
Tagespendler	429 013	95 522	22,3	
Erwerbstätige am 13.9.1950	1 889 203	269 569	14,3	
nach der Stellung im Beruf				
Selbstständige	310 389	17 992	5,8	
Mithelfende Familienangeh.	326 387	6 577	2,0	
Beamte	82 071	11 968	14,6	
Angestellte	321 212	46 230	14,4	
Arbeiter	849 144	186 802	22,0	
Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten am 13.9.1950				
i n s g e s a m t ¹⁾	1 292 396	181 943	14,1	
nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei, Tierzucht	1 723	189	11,0	
Produzierendes Gewerbe	774 733	120 813	15,6	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	227 156	22 197	9,8	
Dienstleistungen	72 848	7 014	9,6	
Verkehrswirtschaft	117 539	15 045	12,8	
Öffentlicher Dienst ¹⁾	98 397	16 685	17,0	
darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen				
Braunkohlebergbau	5 203	1 186	22,8	
Steine und Erden	28 166	6 631	23,5	
Eisen- und Stahlindustrie	18 367	4 427	24,1	
Feinkeramische und Glasindustrie	5 510	1 989	36,1	
Textilgewerbe	32 535	8 925	27,4	
Hoch- und Tiefbau	86 852	18 993	21,9	
Einzelhandel	118 303	10 273	8,7	
Gaststättenwesen	36 947	2 938	8,0	
Straßenverkehr	13 339	1 133	8,5	
Wohnparteien am 13.9.1950				
Wohnungsinhaber				
Normalwohnungen	880 288	59 470	6,8	
Notwohnungen	38 968	11 865	30,4	
Untermietwohnparteien	512 893	171 413	33,4	
Unterkünfte außerhalb von Wohnungen	5 232	1 793	34,3	

1) Ohne öffentliche Verwaltung.

hatte noch nicht voll eingesetzt und die Förderungsmaßnahmen des sozialen Wohnungsbaus waren erst kurz vorher angelaufen. Die Ergebnisse der Zählung von 1950 waren daher ebenfalls bald überholt, sie sind auf der anderen Seite aber auch die erste ausführliche Aufnahme über die Situation der Heimatvertriebenen, die die amtliche Statistik durchgeführt hat.

Bei der Volkszählung 1950 wurden in Hessen knapp 721 000 Heimatvertriebene gezählt, das entsprach einem Anteil von 16,7 % an der Wohnbevölkerung. Im damaligen Bundesgebiet war zu diesem Zeitpunkt der Anteil lediglich in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern höher. Gegenüber der Zählung von 1946 entsprach das einer Zunahme von etwa 184 000 Personen bzw. 34 %. Die Zunahme ist zum einen dadurch zu erklären, dass im Rahmen des Flüchtlingsausgleichs bereits Umsiedlungen aus anderen Bundesländern nach Hessen vorgenommen worden waren. Zum anderen kamen auch nach der Volkszählung 1946 noch Transporte mit Deutschen aus dem Ausland nach Hessen.

Herkunftsländer

Der größte Teil der Heimatvertriebenen waren Deutsche aus dem ost- und südosteuropäischen Ausland. Die stärkste Landsmannschaft stellten in Hessen die Sudetendeutschen: Mehr als die Hälfte der Heimatvertriebenen in Hessen (395 000) waren Deutsche aus der einstigen Tschechoslowakei. Weitere wichtige Herkunftsländer waren Polen, Ungarn, Jugoslawien und Österreich. Dazu kamen etwa 216 000 Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den damaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches hatten. Zu den Heimatvertriebenen wurden ebenfalls die ehemaligen Saarländer gezählt. Ihre Anzahl war mit 6000 relativ gering.

Bevölkerungsstruktur

Am 13. September 1950 waren 16,7 % aller in Hessen lebenden Personen Heimatvertriebene. Während ihr Geschlechterverhältnis annähernd dem der Gesamtbevölkerung glich, wies die Altersstruktur Unterschiede auf. Ihr Anteil an den jungen und mittleren Altersgruppen war mit 17,6 bzw. 16,9 % höher als der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung. Der relativ hohe Anteil der Kinder unter 6 Jahren ist mit den – im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung – höheren Geburtenzahlen bei den Heimatvertriebenen zu erklären. Diese waren wiederum eine Folge der stärkeren Besetzung der mittleren Jahrgänge. Der mit 13,3 % relativ niedrige Anteil der oberen Altersgruppe ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass zahlreiche alte Menschen die Strapazen der Flucht nicht überlebten oder in der Heimat zurückgeblieben sind. Außerdem wies die

Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches schon vor der Vertreibung verhältnismäßig mehr Kinder und Jugendliche und weniger alte Leute auf als die der anderen deutschen Gebiete. Der Altersaufbau der heimatvertriebenen Bevölkerung insgesamt war vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet günstiger als der der Gesamtbevölkerung.

Sehr unterschiedlich war der Anteil der Heimatvertriebenen in den einzelnen Religionsgemeinschaften: Jeder dritte Angehörige der römisch-katholischen Kirche in Hessen war 1950 ein Heimatvertriebener. Dagegen war ihr Anteil bei den evangelischen Kirchen relativ gering. Der hohe Anteil der Heimatvertriebenen an den Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche ist damit zu erklären, dass vorwiegend Transporte aus Gebieten mit katholischer Bevölkerung nach Hessen geleitet wurden. Das trifft besonders auf die Sudetendeutschen zu, deren Anteil an den Heimatvertriebenen – wie bereits weiter oben ausgeführt – höher als 50 % war.

Unterbringung

Der größte Teil der Heimatvertriebenen war in ländlichen Gemeinden untergebracht. Da die eher agrarisch strukturierten Landkreise Nordhessens im Vergleich zu den südhessischen Gebieten wenig zerstört waren, wurden sie relativ stärker belegt. In den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern war im Durchschnitt fast jeder vierte Bewohner ein Heimatvertriebener. Ihr Anteil sank mit zunehmender Gemeindegrößenklasse: von 22,1 % in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern auf 10 % in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern (Frankfurt, Kassel und Wiesbaden). Insbesondere die vor dem Krieg im Ausland beheimateten Deutschen, die in Massentransporten nach Hessen geleitet wurden, wurden in kleineren Gemeinden angesiedelt. Die Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die häufig als Einzelwanderer eintrafen, konnten auch infolge von früheren geschäftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen eher in wirtschaftlich und verkehrstechnisch günstigen Gebieten Fuß fassen.

Die Wohnsituation der Heimatvertriebenen war im Jahr 1950 ungünstiger als die der Gesamtbevölkerung. Lediglich 6,8 % aller Wohnungsinhaber von Normalwohnungen waren Heimatvertriebene. Als Normalwohnungen wurden bei der Volkszählung 1950 alle Wohnungen bezeichnet, die zum dauernden Wohngebrauch geeignet waren. Im Unterschied hierzu lagen die Notwohnungen in Baracken, Lauben, Bunkern, Gebäuderesten und Kellern. Sie wurden überdurchschnittlich häufig von Heimatvertriebenen bewohnt (gut 30 % aller Notwohnungen). Die meisten heimatvertriebenen

3) In der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Mai 1949 wurde ein Beschäftigtenanteil der Heimatvertriebenen in der Landwirtschaft von 3,5 % ermittelt.

Wohnparteien lebten zur Untermiete, sie machten zugleich ein Drittel aller Untermieter aus. Bemerkenswert ist, dass fünf Jahre nach Kriegsende nur verhältnismäßig wenig Wohnparteien außerhalb von Wohnungen (u. a. Hotels, Pensionen, Heime) einquartiert waren. Allerdings war auch hier der Anteil der Heimatvertriebenen mit rund 34 % im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung relativ hoch. Die Bedeutung der Unterbringung in Flüchtlingslagern war in Hessen gering.

Erwerbstätigkeit und Beschäftigung

Obwohl von der heimatvertriebenen Bevölkerung relativ viele Personen im erwerbsfähigen Alter standen, war ihr Anteil an der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung mit 14,3 % geringer als ihr Anteil an der Bevölkerung. Ein Grund für die relativ geringe Beteiligung am Erwerbsleben lag in der regionalen Verteilung der Heimatvertriebenen: Sie wurden dort untergebracht, wo Wohnraum vorhanden war, aber nicht unbedingt Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 hatte die regionale Wanderung der Vertriebenen in Gebiete mit einem größeren Angebot an Arbeitsplätzen gerade eingesetzt.

Da es für die meisten Vertriebenen auf Grund des Fehlens von geschäftlichen Beziehungen und Kapital sehr schwierig war, sich eine selbstständige Existenz aufzubauen, war ihr Anteil an den Selbstständigen und den mithelfenden Familienangehörigen mit 5,8 bzw. 2,0 % besonders niedrig. Zudem konnte die große Zahl der Vertriebenen, die in ihrer Heimat in der Landwirtschaft tätig waren, nur geringfügig in die hessischen landwirtschaftlichen Betriebe integriert werden³⁾. Viele Heimatvertriebene waren deshalb berufsfremd tätig. Ihr Anteil an den Arbeitern war besonders hoch: Gut jeder fünfte hessische Arbeiter war ein Heimatvertriebener. Da die Vertriebenen vielfach in den Gemeinden, denen sie zugewiesen worden waren, keine Arbeit fanden, war ihr Anteil an den Tagespendlern mit gut 22 % wesentlich höher als ihr Anteil an den Erwerbstätigen.

Am 13. September 1950 waren in den hessischen Arbeitsstätten insgesamt 181 900 Heimatvertriebene beschäftigt, das waren 14 % aller Beschäftigten. Ihr Anteil war in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich hoch. Das lag zum einen an der unterschiedlichen regionalen Verteilung: Stark waren die Heimatvertriebenen in den Wirtschaftsgruppen vertreten, die überwiegend in Gebieten mit einem hohen Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung ansässig waren. Zum anderen fanden die Heimatvertriebenen bevorzugt Arbeit in großen Betrieben. So waren die Beschäftigtenquoten der Heimatvertriebenen im Braunkohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie mit

knapp 23 % und 24 % relativ hoch. Außerdem hatten sie hohe Chancen in den Bereichen, in denen sie besondere fachliche Kenntnisse verwerten konnten, wie in der Feinkeramik- und Glasindustrie (36 %) und dem Textilgewerbe (27 %). In den kleineren Betrieben, die zumeist von Einheimischen geführt wurden, wurden dagegen wenig fremde Arbeitskräfte beschäftigt. Der Beschäftigtenanteil der Heimatvertriebenen lag demzufolge im Einzelhandel, Straßenverkehr und im Gaststättenwesen mit 8 bis 8,7 % weit unter dem Durchschnitt.

Weiteres Datenmaterial über die Heimatvertriebenen in der amtlichen Statistik

Die Volkszählung aus dem Jahr 1950 lieferte Datenmaterial über die Heimatvertriebenen in tiefer sachlicher

und regionaler Gliederung. Nach der Volkszählung 1950 wurden in vielen laufenden Statistiken gesondert Daten über Heimatvertriebene ermittelt. Auch bei der Durchführung der Volkszählungen 1961 und 1970 wurde wieder die Frage nach der Vertreibung gestellt. Da zunehmend die Kinder der Vertriebenen, die nach dem 1. September 1939 geboren wurden, eigene Haushalte gründeten, wurde in den Fünfzigerjahren in der amtlichen Statistik der Begriff „Heimatvertriebener“ geändert. Es waren nun alle Personen Heimatvertriebene, die im Besitz eines Bundesvertriebenenausweises waren (so genannte Ausweisvertriebene). Da nicht alle Berechtigten den Ausweis beantragt hatten, sind Vergleiche der Vertriebenen Zahlen über einen längeren Zeitraum nur eingeschränkt möglich.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte



STATISTIK HESSEN

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch elektronisch lieferbar (als Diskette oder Online über Internet unter www.statistik-hessen.de).

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

W_107

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁹⁾			Bauhauptgewerbe ⁹⁾		Einzelhandel ⁹⁾	Preise	Arbeitsmarkt ¹⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ⁹⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁹⁾ 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁹⁾ 2000 = 100	Verbraucherpreis-index ¹⁾ 2000 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2002 D	96,3	92,8	101,2	452 189	83,9	30 621	101,8	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2003 D	97,4	90,9	106,6	435 917	75,3	28 720	100,4	103,9	241 998	8,8	25 985	17 651
2004 D	100,0	92,3	111,0	427 251	71,3	26 376	98,6	105,4	250 707	9,1	22 339	9 646
2003 Dezember	95,5	81,6	115,2	429 554	85,2	27 722	122,4	104,5	243 951	8,9	19 399	8 945
4. Vj. D	99,7	90,8	112,3	432 288	77,8	28 349	111,1	104,1
2004 Januar	96,4	90,1	105,3	430 717	34,8	26 570	92,3	104,6	258 838	9,4	21 654	10 745
Februar	98,4	89,2	111,6	429 333	51,1	26 398	86,8	104,8	261 105	9,5	24 975	11 873
März	117,0	109,2	128,2	428 751	64,1	26 600	101,8	105,2	243 058	8,9	22 681	10 740
1. Vj. D	103,9	96,2	115,0	429 600	50,0	26 523	93,6	104,9
April	101,2	92,3	113,8	427 772	62,9	26 291	101,5	105,4	253 860	9,2	24 498	11 829
Mai	95,3	85,7	109,0	426 504	78,4	26 334	94,8	105,6	246 697	9,0	23 635	11 264
Juni	106,5	98,4	118,0	426 602	95,7	26 349	96,7	105,5	243 058	8,9	22 681	10 740
2. Vj. D	101,0	92,1	113,6	426 959	85,7	26 325	97,6	105,5
Juli	98,2	89,5	110,6	427 054	89,9	26 508	97,5	105,7	255 629	9,3	23 243	9 259
August	88,8	85,5	93,4	428 131	66,6	26 554	90,3	105,8	253 719	9,3	21 600	6 736
September	101,5	94,3	111,7	428 314	83,1	26 582	96,3	105,5	244 596	8,9	21 429	6 723
3. Vj. D	96,2	89,9	105,2	427 833	79,9	26 548	94,7	105,7
Oktober	103,4	96,9	112,5	426 454	99,0	26 616	101,5	105,7	243 006	8,9	20 378	7 558
November	101,1	94,6	110,4	424 968	50,4	26 206	104,7	105,1	243 604	8,9	18 889	8 275
Dezember	92,5	82,2	107,3	422 410	59,6	25 508	118,6	106,2	251 578	9,2	19 193	8 482
4. Vj. D	99,0	91,2	110,1	424 611	69,6	26 110	108,2	105,7
2005 Januar	94,3	83,4	109,6	418 629	33,3	24 024	...	106,0	278 986	10,2	22 225	11 128
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹³⁾												
2002 D	- 1,5	- 4,0	2,1	- 3,1	- 12,3	- 7,8	1,4	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2003 D	1,1	- 2,0	5,3	- 3,6	- 10,2	- 6,2	- 1,4	0,9	13,3	.	- 17,2	15,4
2004 D	2,7	1,5	4,1	- 2,0	- 5,3	- 8,2	- 1,8	1,4	3,6	.	- 14,0	- 45,4
2003 Dezember	9,6	- 3,0	26,3	- 3,6	11,5	- 7,2	2,7	0,9	9,7	.	- 16,4	- 19,6
4. Vj.	3,5	- 2,6	11,6	- 3,5	- 0,9	- 6,8	- 1,1	1,1
2004 Januar	- 1,8	- 0,4	- 3,4	- 2,1	- 29,0	- 7,1	- 2,3	1,1	6,0	.	- 15,6	- 25,5
Februar	0,1	- 2,3	3,2	- 2,4	- 13,6	- 6,7	- 2,4	0,8	4,6	.	- 13,5	- 22,2
März	16,9	15,8	18,3	- 2,3	- 23,7	- 7,3	0,9	1,3	4,0	.	- 15,2	- 23,2
1. Vj.	5,1	4,6	6,0	- 2,3	- 22,0	- 7,1	- 1,3	1,1
April	6,8	2,9	11,5	- 2,2	27,4	- 9,1	- 1,5	1,5	3,7	.	- 19,6	- 57,2
Mai	- 2,4	- 8,4	5,4	- 2,2	5,4	- 9,5	- 7,0	1,9	3,2	.	- 20,3	- 58,1
Juni	13,2	10,9	15,7	- 2,2	16,0	- 8,9	3,4	1,7	2,4	.	- 18,7	- 59,5
2. Vj.	5,8	1,5	10,8	- 2,2	15,8	- 9,2	- 1,8	1,7
Juli	- 2,7	- 9,0	5,7	- 1,9	8,1	- 8,8	- 2,0	1,6	2,8	.	- 10,4	- 54,0
August	4,3	8,0	- 0,1	- 1,7	- 15,1	- 8,8	- 0,9	1,6	3,1	.	- 16,0	- 58,9
September	0,8	0,9	0,6	- 1,6	- 12,1	- 8,0	- 2,3	1,4	2,5	.	- 8,4	- 63,7
3. Vj.	0,6	- 0,6	2,1	- 1,7	- 6,4	- 8,5	- 1,8	1,6
Oktober	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 1,8	34,2	- 7,5	- 4,6	1,6	2,6	.	- 7,5	- 29,5
November	1,5	1,8	1,3	- 1,9	- 32,3	- 8,2	0,1	1,4	2,3	.	- 7,7	- 20,3
Dezember	- 3,1	0,7	- 6,9	- 1,7	- 30,0	- 8,0	- 3,1	1,6	3,3	.	- 1,1	- 5,2
4. Vj.	- 0,5	0,7	- 1,8	- 1,8	- 10,4	- 7,9	- 2,6	1,5
2005 Januar	- 2,2	- 7,4	4,1	- 2,8	- 4,3	- 9,6	...	1,3	7,8	.	2,6	3,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹³⁾												
2003 Dezember	- 4,1	- 12,2	5,7	- 0,8	14,5	- 2,9	17,0	0,8	2,3	.	- 5,2	- 13,8
4. Vj.	4,3	0,6	9,0	- 0,7	- 8,9	- 2,3	15,2	0,1
2004 Januar	0,9	10,4	- 8,6	0,3	- 59,1	- 4,2	- 24,6	0,1	6,1	.	11,6	20,1
Februar	2,1	- 1,0	6,0	- 0,3	46,7	- 0,6	- 6,0	0,2	0,9	.	15,3	10,5
März	18,9	22,4	14,9	- 0,1	25,4	0,8	17,3	0,4	- 1,6	.	3,3	3,3
1. Vj.	4,2	5,9	2,4	- 0,6	- 35,7	- 6,4	- 15,8	0,8
April	- 13,5	- 15,5	- 11,2	- 0,2	29,4	- 1,2	- 0,3	0,2	- 1,2	.	- 5,0	- 3,5
Mai	- 5,8	- 7,2	- 4,2	- 0,3	- 5,4	0,2	- 6,6	0,2	- 2,8	.	- 3,5	- 4,8
Juni	11,8	14,8	8,3	0,0	22,0	0,1	2,0	- 0,1	- 1,5	.	- 4,0	- 4,7
2. Vj.	- 2,8	- 4,3	- 1,2	- 0,6	71,4	- 0,7	4,3	0,6
Juli	- 7,8	- 9,0	- 6,3	0,1	- 6,1	0,6	0,8	0,2	5,2	.	2,5	- 13,8
August	- 9,6	- 4,5	- 15,6	0,3	- 25,9	- 0,2	- 7,4	0,1	- 0,7	.	- 7,1	- 27,2
September	14,3	10,3	19,6	0,0	24,9	0,1	6,6	- 0,3	- 3,6	.	- 0,8	- 0,2
3. Vj.	- 4,8	- 2,4	- 7,4	0,2	- 6,8	0,8	- 3,0	0,2
Oktober	1,9	2,8	0,7	- 0,4	19,0	0,1	5,4	0,2	- 0,7	.	- 4,9	12,4
November	- 2,2	2,8	0,7	- 0,3	- 49,1	- 1,5	3,2	- 0,6	0,2	.	- 7,3	9,5
Dezember	- 8,5	- 13,1	- 2,8	- 0,6	18,3	- 2,7	13,3	1,0	3,3	.	1,6	2,5
4. Vj.	2,9	1,4	4,7	- 0,8	- 12,9	- 1,6	14,3	0,0
2005 Januar	1,9	1,5	2,1	- 0,9	- 44,1	- 5,8	...	- 0,2	10,9	.	15,8	31,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderter Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungstestsstellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse. — 13) Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003			2004			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6091,6 ¹⁾	6089,4 ¹⁾	6 090,8	6 091,1	6 092,6	6 088,2	6 088,7	6 089,9	6 090,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 539	2 468	3 144	3 931	2 860	3 185	3 349	3 480	3 025
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,0	4,8	6,1	7,6	5,7	6,4	6,5	6,7	6,1
* Lebendgeborene	"	4 610	4 533	5 398	4 544	4 900	4 974	4 941	4 933	4 846
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,1	8,9	10,4	8,8	9,8	10,0	9,6	9,6	9,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 031	5 126	4 902	5 373	4 925	5 038	4 526	4 666	4 714
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,1	9,5	10,4	9,8	10,1	8,8	9,0	9,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	20	18	18	26	17	22	25	21	17
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,0	3,3	5,7	3,5	4,4	5,1	4,3	3,5
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 420	- 593	496	- 829	- 25	- 64	415	267	132
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,8	- 1,2	1,0	- 1,6	- 0,0	- 0,1	0,8	0,5	0,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 993	13 558	15 384	14 913	16 664	14 238	14 712	16 457	16 952
* darunter aus dem Ausland	"	6 079	6 062	7 063	6 451	7 264	6 843	6 709	6 937	7 864
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 423	13 177	14 127	13 804	15 139	13 844	14 567	15 586	16 004
* darunter in das Ausland	"	5 274	6 052	6 740	5 628	6 482	6 949	7 079	6 898	7 105
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 570	382	1 257	1 109	1 525	394	145	871	948
* innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 322	18 236	19 421	18 737	20 624	17 697	17 873	19 785	18 943

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003	2004				2005	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	241 998	250 707	243 951	258 838	261 105	243 604	251 578	278 966	287 282
und zwar Frauen	"	102 028	107 256	103 009	106 748	107 163	106 933	107 966	120 160	123 728
* Männer	"	139 970	143 451	140 942	152 090	153 942	136 671	143 612	158 826	163 554
* Ausländer	"	50 760	52 369	52 096	54 443	54 797	50 074	51 591	56 669	60 305
* Jüngere unter 25 Jahren	"	28 993	29 953	27 176	29 976	31 683	28 672	29 452	36 418	39 466
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ Insgesamt	%	8,8	9,1	8,9	9,4	9,5	8,9	9,2	10,2	10,5
und zwar der Frauen	"	7,9	8,3	7,9	8,2	8,2	8,2	8,3	9,2	9,5
* Männer	"	9,6	9,9	9,7	10,5	10,6	9,5	10,0	11,0	11,4
* Ausländer	"	16,9	17,5	17,3	18,1	18,2	16,8	17,3	19,0	20,3
* Jüngeren unter 25 Jahren	"	8,0	8,5	7,5	8,3	8,8	8,3	8,5	10,5	11,4
* Kurzarbeiter (Monatsende)	Anzahl	17 651	9 646	8 945	10 745	11 873	8 275	8 482	11 128	13 717
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	25 985	22 339	19 399	21 654	24 975	18 889	19 193	22 225	26 110

Erwerbstätigkeit ^{5,6)}										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2002		2003			2004	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Junl
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾	1000	2 192,6	2 150,8	2 214,7	2 187,1	2 163,8	2 161,4	2 136,4	2 111,4	2 112,7
und zwar Frauen	"	956,4	946,3	969,1	962,3	956,2	949,2	942,0	933,7	929,0
* Ausländer	"	225,2	215,3	226,0	221,1	218,3	213,5	208,0	205,8	207,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	350,7	355,8	352,6	354,5	355,3	353,8	354,2	353,8	357,2
darunter Frauen	"	293,8	297,0	295,0	295,4	296,6	295,9	295,8	296,2	298,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen¹⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,4	14,1	12,3	12,7	13,6	11,8	12,1	13,2
darunter Frauen	"	3,7	3,6	3,8	3,5	3,5	3,6	3,3	3,4	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	533,3	513,8	532,3	525,9	517,9	514,2	506,9	500,6	498,7
darunter Frauen	"	135,8	130,4	136,0	134,0	132,3	130,4	127,8	126,5	125,7
* Baugewerbe	"	114,0	108,7	115,7	108,7	105,7	110,4	103,9	100,2	103,3
darunter Frauen	"	14,1	13,4	14,1	13,8	13,5	13,4	13,1	12,8	12,7
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	556,0	539,7	560,8	554,3	545,1	541,7	536,5	531,0	531,5
darunter Frauen	"	246,7	239,7	248,6	246,0	242,2	239,9	237,4	235,0	234,4
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	470,9	462,7	477,3	469,8	467,2	466,4	459,4	455,8	457,4
darunter Frauen	"	214,9	211,1	217,8	214,8	214,4	212,0	208,5	206,8	205,9
* öffentliche und private Dienstleister	"	504,1	512,3	514,3	516,1	514,5	514,7	517,5	511,3	508,3
darunter Frauen	"	341,2	348,1	348,8	350,1	349,9	349,9	351,8	349,1	346,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderter Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93, aktualisiert durch WZ 2003) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.06.2003: Dezember 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003; für 31.03.2003: September 2003; für 30.09.2003: März 2004; für 31.12.2003: Juni 2004; für 31.03.2004: September 2004; für 30.06.2004: Dezember 2004. — 8) Einschl. Personen ohne „Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Schlachtungen⁹⁾										
Rinder	Anzahl	5 737	5 315	7 860	4 703	5 915	6 029	7 357	7 077	5 340
Kälber	"	161	154	191	297	100	140	210	335	119
Schweine	"	68 463	62 433	70 925	59 366	63 393	61 078	72 758	67 569	62 739
darunter hausgeschlachtet	"	4 861	4 408	9 354	4 058	7 204	3 959	8 099	6 921	6 094
Schlachtmengen⁹⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	8 213	7 607	8 389	7 184	7 482	7 743	8 644	8 366	7 531
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 614	1 504	1 975	1 332	1 661	1 744	1 879	1 892	1 431
* Kälbern	"	13	12	14	21	10	11	19	32	10
* Schweinen	"	5 988	5 468	5 872	5 197	5 311	5 384	6 160	5 711	5 379
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ⁹⁾	"	2 352	2 659	2 740	2 727	2 883	2 292	2 356	2 314	2 302
* Erzeugte Konsumei ¹⁰⁾	1000 St.	27 128	26 286	25 998	27 442	26 622	26 604	27 132	32 042	30 967
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 207	84 661	78 804	81 712	86 132	81 029	79 496	82 134	86 301
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 817	81 440	75 473	78 231	82 651	77 911	76 479	78 956	83 123
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	17,5	17,6	16,6	16,7	17,6	16,6	16,8	16,8	17,7

Verarbeitendes Gewerbe⁹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Betriebe	Anzahl	3 183	3 169	3 151	3 147	3 211	3 146	3 142	3 137	3 124
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	435,9	427,3	433,0	429,6	430,7	426,5	425,0	422,4	418,6
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	251,4	245,0	249,5	246,5	247,2	244,6	243,6	241,4	238,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	54 723	54 212	55 281	48 434	54 257	54 580	57 551	49 335	53 511
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	649,6	637,3	807,5	634,5	609,9	622,0	792,2	625,8	590,0
* Bruttogehaltssumme	"	775,4	779,7	981,9	775,7	761,3	739,7	975,2	797,1	753,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 992,8	7 215,5	7 106,8	6 964,1	6 457,4	7 361,1	7 749,3	7 238,8	6 574,5
* darunter Auslandsumsatz	"	2 867,6	3 033,1	2 863,5	2 959,1	2 742,0	3 094,8	3 145,2	3 089,6	2 857,9
Exportquote ¹¹⁾	%	41,0	42,0	40,3	42,5	42,5	42,0	40,6	42,7	43,5
Volumenindex des Auftragseingangs ⁹⁾	2000 = 100									
insgesamt	% ⁹⁾	1,1	2,7	0,1	9,6	- 1,8	- 0,7	1,5	- 3,1	- 2,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,2	4,5	1,4	12,0	- 4,6	- 5,8	8,6	1,7	0,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,0	1,2	0,4	1,4	- 0,8	5,5	- 7,1	- 8,1	- 11,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 6,1	- 4,1	0,4	1,4	- 2,9	- 8,9	- 5,7	1,6	2,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	9,7	4,5	- 2,6	35,0	5,5	4,7	11,6	- 1,1	15,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁹⁾	8,2	6,0	0,0	30,9	- 2,5	5,7	13,4	- 0,5	9,3
Maschinenbau	"	3,4	- 0,9	11,1	21,3	- 3,4	19,3	- 19,7	- 7,2	- 13,1
Kraftwagen und -teile	"	- 2,5	- 1,9	- 14,7	- 14,5	- 11,3	- 5,6	- 6,3	- 9,9	- 8,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	0,0	0,4	- 0,1	16,8	8,6	- 11,8	2,9	- 2,6	- 4,7

Energie- u. Wasserversorgung

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	107	100	106	106	100	101	101	101	105
* Beschäftigte ⁹⁾	"	17 502	17 217	17 493	17 470	17 268	17 217	17 157	17 148	17 120
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾⁺¹²⁾	1000 h	2 185	2 197	2 249	2 056	2 209	2 138	2 373	2 130	2 226
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	61,0	62,0	82,3	61,6	55,5	61,7	87,6	59,3	55,8
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 859,8	2 607,9	1 920,4	1 939,3	3 054,6	2 848,5	2 842,4	3 010,2	...

Handwerk¹¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Beschäftigte ¹²⁾	2003 = 100 ¹³⁾	-	98,3	-	-	-	-	-	97,5	-
* Umsatz ¹⁴⁾	2003 = 100 ¹⁴⁾	-	100,2	-	-	-	-	-	109,1	-

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickelern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum; Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Für die Jahre vor 2004 liegen noch keine rückgerechneten Ergebnisse für das neue Basisjahr 2003 vor. — 12) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 13) Hier: 30.09.2003 = 100. — 14) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 15) Vierteljahresdurchschnitt 2003 = 100.

Hessischer Zahlenspiegel

Baugewerbe										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	52,2	48,8	52,1	50,8	48,8	50,5	49,7	48,4	45,7
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	27,5	25,1	26,8	26,1	25,0	26,0	25,5	24,6	22,8
Fachwerker und Werker	"	7,6	6,8	7,7	7,2	6,7	7,2	7,0	6,8	6,3
gewerblich Auszubildende	"	2,3	2,2	2,4	2,3	2,2	2,4	2,4	2,3	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 882	4 473	5 237	3 820	2 764	5 028	4 865	3 468	2 602
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 995	1 856	2 246	1 575	1 116	2 021	1 998	1 401	1 161
* gewerblicher Bau	"	1 353	1 247	1 390	1 078	946	1 439	1 310	993	778
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 512	1 350	1 580	1 151	693	1 531	1 532	1 058	656
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	82,2	76,4	93,1	80,7	65,1	77,4	87,8	75,0	58,0
* Bruttogehaltssumme	"	35,3	34,1	42,5	35,9	32,2	32,2	38,7	35,3	30,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	469,8	442,0	535,7	517,5	259,0	502,2	527,9	511,4	246,6
darunter										
* Wohnungsbau	"	152,7	142,1	171,7	183,1	80,4	169,8	176,0	148,9	82,4
* gewerblicher Bau	"	164,0	154,4	168,3	176,3	105,2	162,1	171,0	185,3	92,9
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,3	143,9	193,9	156,7	73,0	165,0	178,7	174,9	70,9
Index des Auftragsingangs ³⁾	2000 = 100	75,3	71,3	74,4	85,2	34,8	99,0	50,4	59,6	33,3
darunter										
* Wohnungsbau	"	81,2	80,0	77,2	85,2	44,0	140,6	56,2	77,0	38,1
* gewerblicher Bau	"	55,7	53,2	59,4	65,6	27,4	96,5	39,2	42,0	29,5
* öffentlicher und Straßenbau	"	101,9	94,6	95,2	113,6	42,5	88,2	64,6	79,1	37,3
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	21,3	19,1	.	20,6	.	.	.	18,8	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 059	5,6	.	5 974,0	.	.	.	5,6	.
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	99,6	90,0	.	104,3	.	.	.	94,5	.
* Bruttogehaltssumme	"	55,7	48,0	.	57,1	.	.	.	49,5	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	514,9	462,2	.	639,4	.	.	.	569,1	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	695	800	526	856	958	643	525	663	730
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	629	735	481	808	899	578	468	624	670
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	773	863	557	860	958	733	605	629	795
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	142	157	102	159	176	134	111	116	147
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	177 597	197 724	126 106	196 266	222 755	169 509	138 752	143 834	185 312
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	135	159	138	128	119	160	144	162	140
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 067	993	796	463	769	643	744	1 388	1 518
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	188	155	130	80	100	103	114	188	236
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	168 911	117 488	167 274	80 854	72 168	60 529	99 596	181 328	198 430
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 449	1 627	1 051	1 443	1 809	1 402	1 264	1 107	1 459
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ⁷⁾	"	7 514	8 533	5 528	8 076	9 564	7 070	6 145	6 208	7 596
Großhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Großhandeler⁸⁾										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	2000 = 100	83,7	84,1	83,6	91,5	79,3	83,8	88,1	87,6	...
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	85,1	87,6	84,8	92,5	80,7	88,7	92,9	91,9	...
* Beschäftigte (Index)	"	90,1	88,0	89,1	89,6	88,9	88,0	87,7	87,6	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Pötlern und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel Einzelhandel und Gastgewerbe

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Einzelhandel¹⁾										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	96,6	96,6	102,8	120,5	90,6	99,3	102,8	116,3	...
* Index der Umsätze ²⁾ — nominal	"	100,4	98,6	104,6	122,4	92,3	101,5	104,7	118,6	...
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ³⁾	"	113,7	111,4	118,4	138,5	108,3	109,1	114,7	133,5	...
Apotheken ⁴⁾	"	109,6	109,4	110,2	142,0	96,2	108,3	114,2	135,5	...
Bekleidung	"	90,2	88,7	92,0	118,0	82,5	105,1	96,5	119,0	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁵⁾	"	84,9	88,8	95,0	101,7	80,1	105,5	109,7	110,1	...
Metallwaren und Anstrichmitteln ⁶⁾	"	102,2	96,9	97,6	92,0	74,7	99,2	94,1	86,8	...
* Beschäftigte (Index)	"	92,5	91,2	93,0	93,2	91,4	91,9	92,1	92,2	...
Kfz-Handel u. Tankstellen⁷⁾										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	92,0	93,5	89,7	79,0	75,7	93,0	97,7	89,7	...
* Index der Umsätze ²⁾ — nominal	"	94,3	97,1	92,6	81,7	78,3	96,5	101,2	92,8	...
* Beschäftigte (Index)	"	92,4	90,0	92,6	92,4	89,7	90,2	90,3	90,2	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	83,6	82,9	81,2	82,0	73,6	92,7	80,2	82,3	...
* Index der Umsätze ²⁾ — nominal	"	89,1	89,1	86,5	88,5	78,5	99,7	86,1	89,8	...
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	87,2	88,4	87,0	77,8	76,6	108,0	86,2	80,2	...
Restaurants, Cafes, Eisdielen, Imbisshallen	"	88,2	85,4	82,7	93,9	74,8	88,1	80,0	92,2	...
Kantinen und Caterer	"	95,5	100,5	95,1	96,6	89,5	110,3	101,7	102,0	...
* Beschäftigte (Index)	"	89,4	91,2	86,8	87,8	86,6	93,2	91,8	92,1	...

Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt⁸⁾										
	Mil. EUR	2 812,3	3 098,8	2 888,3	2 720,6	2 920,6	3 256,3	3 392,7	2 922,4	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	79,2	86,5	88,7	75,8	84,1	100,8	95,0	73,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 609,3	2 862,5	2 671,1	2 525,5	2 713,5	2 982,6	3 124,6	2 708,5	...
davon										
* Rohstoffe	"	19,9	19,6	20,5	16,0	20,4	14,8	21,2	12,8	...
* Halbwaren	"	146,5	168,6	139,9	178,6	164,0	181,0	183,6	154,9	...
* Fertigwaren	"	2 442,9	2 674,3	2 510,7	2 330,8	2 529,1	2 786,8	2 919,8	2 540,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	462,1	492,4	447,2	376,2	484,5	516,7	489,6	400,0	...
* Enderzeugnisse	"	1 980,7	2 181,9	2 063,5	1 954,6	2 044,6	2 270,2	2 430,2	2 140,7	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	702,7	716,5	645,6	595,7	693,6	714,0	747,5	633,8	...
Maschinen	"	384,8	455,3	432,8	420,9	440,4	532,4	473,7	491,2	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	296,5	337,5	329,4	255,0	308,2	319,3	383,6	271,6	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	237,0	262,7	258,4	244,7	232,4	258,4	301,6	231,0	...
Eisen- und Metallwaren	"	176,3	202,6	210,8	158,4	187,4	219,5	224,3	163,4	...
davon nach										
* Europa	"	2 017,9	2 242,0	2 117,3	1 928,1	2 034,4	2 439,0	2 512,9	2 025,7	...
* darunter EU-Länder ⁹⁾	"	1 536,6	1 940,7	1 594,9	1 481,3	1 749,5	2 145,9	2 149,2	1 749,1	...
* Afrika	"	43,3	65,7	44,9	42,5	57,1	76,1	97,8	80,3	...
* Amerika	"	333,7	343,7	323,0	294,1	347,3	324,4	335,7	358,0	...
* Asien	"	394,8	422,6	380,6	438,5	456,8	398,6	424,4	437,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	22,5	24,9	22,4	17,5	24,9	18,3	21,9	21,1	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt⁸⁾										
		4 089,1	4 490,9	4 401,3	4 067,8	3 986,0	4 564,4	4 930,0	4 584,2	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	182,9	178,7	172,8	224,3	160,2	193,2	189,1	162,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 602,7	3 963,6	3 894,5	3 544,3	3 523,8	4 024,1	4 357,8	4 039,4	...
davon										
* Rohstoffe	"	68,6	61,2	74,0	45,7	37,3	82,3	61,5	73,9	...
* Halbwaren	"	240,7	249,8	244,5	209,8	182,6	298,0	320,1	202,5	...
* Fertigwaren	"	3 293,4	3 652,7	3 576,0	3 288,8	3 303,9	3 643,8	3 976,2	3 763,0	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	379,2	418,2	399,1	366,9	377,4	432,5	423,1	398,3	...
* Enderzeugnisse	"	2 914,2	3 234,5	3 177,0	2 921,9	2 926,5	3 211,3	3 553,1	3 364,7	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Sowie Reparatur von Gebrauchsgütern. — 2) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 3) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 4) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 5) Sowie Hausrat a. n. g. — 6) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 9) Mitgliedsstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 693,6	2 867,4	3 048,3	2 681,0	2 588,4	2 738,7	3 039,9	3 014,7	...
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 068,7	2 593,3	2 365,8	2 046,5	2 372,7	2 406,9	2 715,7	2 744,5	...
* Afrika	"	77,2	79,1	92,7	91,7	59,0	87,5	94,9	54,0	...
* Amerika	"	502,8	558,6	395,1	442,2	415,9	619,1	645,1	514,9	...
* Asien	"	807,4	979,1	861,5	834,5	913,2	1 113,6	1 142,0	992,1	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	8,0	6,6	3,7	18,4	9,5	5,6	8,1	8,5	...

Tourismus³⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gästeankünfte	1000	782	815	790	605	647	936	820	635	689
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	193	211	172	148	183	228	183	158	198
auf Campingplätzen	"	...	26	2	10	3	3	2
* Gästeübernachtungen	"	1 985	1 993	1 823	1 500	1 589	2 296	1 815	1 517	1 740
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	373	407	307	278	367	446	319	289	432
auf Campingplätzen	"	...	79	9	35	12	12	10
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen										
Heilbäder	"	602	572	534	467	450	646	517	451	490
Luftkurorte	"	119	115	94	89	78	137	92	82	82
Erholungsorte	"	84	28	53	57	47	98	47	48	49
sonstige Gemeinden	"	1 181	1 227	1 142	887	1 005	1 415	1 160	935	1 120
darunter Großstädte	"	531	566	534	428	524	633	567	463	578

Verkehr

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 007	1 056	1 064	882	968	1 269	1 171	963	972
davon										
* Güterversand	"	187	209	210	199	230	277	256	222	253
* Gütererfang	"	820	847	854	683	738	992	915	741	718
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	27 799	28 120	25 163	22 503	21 627	26 915	27 105	26 346	20 328
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	24 217	24 378	22 959	20 151	19 339	24 190	24 551	24 253	17 689
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 520	1 574	1 225	1 171	1 087	1 701	1 710	1 371	1 253
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 562	1 608	608	746	660	559	388	290	928
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	290	333	213	288	394	319	291	263	286
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 980	2 804	3 059	2 762	2 604	2 678	2 683	2 654	2 263
darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 170	2 027	2 117	1 847	1 719	1 979	1 967	1 890	1 585
* getötete Personen	"	42	34	32	45	31	37	22	37	26
* verletzte Personen	"	2 887	2 689	2 872	2 457	2 278	2 649	2 690	2 589	2 145
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁷⁾										
Fahrgäste ⁸⁾	1000	.	101 373	312 022	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	.	64 572	199 233	.
Straßenbahnen	"	.	15 247	44 376	.
Omnibussen	"	.	24 232	75 012	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	.	2 029 849	6 327 440	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	.	1 821 306	5 682 530	.
Straßenbahnen	"	.	55 795	165 110	.
Omnibussen	"	.	152 749	479 801	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁷⁾										
Fahrgäste	1000	.	98	277	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	.	115 678	332 867	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten. — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; ab Januar 2004 einschl. Camping bzw. in der Untergliederung nach Gemeindegruppen für den ganzen Berichtszeitraum ohne Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 6) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 7) Wegen methodischer Änderungen in der Statistik des Personenverkehrs liegen für die Jahre vor 2004 keine vergleichbaren Daten vor. — 8) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 9) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003		2004		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
B a n k e n⁹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	191 573	192 610	583 117	.	.	.	575 885	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁹⁾ davon	"	139 833	133 770	424 015	.	.	.	400 999	.	.
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	23 172	19 449	70 465	.	.	.	57 081	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁹⁾	"	116 661	114 321	353 550	.	.	.	343 918	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁹⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	155 575	154 853	461 887	.	.	.	470 351	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	540	628	563	535	595	719	754	626	661
davon										
* Unternehmen	"	195	199	178	172	226	243	215	155	195
* Verbraucher	"	173	229	215	173	175	257	299	263	246
* ehemals selbstständig Tätige	"	94	138	108	135	116	153	178	149	152
* sonstige natürliche Personen ¹⁰⁾ , Nachlässe	"	78	62	62	55	78	66	62	59	68
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	209 656	240 074	127 380	131 494	359 819	389 866	287 652	204 565	145 241

Gewerbeanzeigen⁹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003		2004		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 587	6 636	5 230	5 740	7 213	6 502	7 093	7 656	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 801	4 955	4 294	5 935	5 915	4 662	5 054	6 851	...

Preise

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003		2004		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	103,9	105,4	103,7	104,5	104,6	105,7	105,1	106,2	106,0
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,9	103,8	103,5	103,5	104,4	102,7	102,3	103,9	103,8
alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	111,5	120,8	112,9	112,8	112,3	121,7	121,8	129,4	129,6
Bekleidung, Schuhe	"	97,7	94,7	97,4	96,6	95,9	93,8	94,1	93,1	92,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁹⁾	"	105,1	106,9	105,7	105,7	106,2	107,9	107,6	107,6	108,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁹⁾	"	101,1	99,8	100,4	100,3	100,4	99,3	99,0	99,2	99,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	106,3	108,3	105,6	106,2	106,5	110,0	108,2	107,1	108,8
Nachrichtenübermittlung	"	96,4	95,6	97,0	96,5	96,4	95,2	95,0	94,8	95,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,5	99,2	98,3	104,0	98,1	98,2	96,9	102,7	97,2
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	106,2	106,1	105,1	110,1	105,6	105,2	104,3	109,1	107,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁹⁾	2000 = 100	100,8 ⁹⁾	101,4 ⁹⁾	100,5	.	.	.	101,7	.	.

Steuern

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003		2004		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steueraufkommen insgesamt ¹⁰⁾	Mill. EUR	3 165,9	2 744,4	2 672,9	4 700,6	3 320,3	1 747,3	2 219,8	4 446,8	2 233,3
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	2 706,0	2 590,0	2 217,2	4 478,9	3 165,8	1 565,9	2 087,4	4 263,3	2 090,4
davon										
Lohnsteuer ¹¹⁾	"	1 466,6	1 388,3	1 269,6	2 199,8	1 428,2	1 197,5	1 170,3	2 069,5	1 306,6
veranlagte Einkommensteuer	"	32,8	26,7	- 118,4	516,0	- 61,0	- 105,1	- 69,6	529,7	- 24,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	130,8	150,2	54,1	110,5	331,2	48,1	54,2	67,0	124,8
Zinsabschlag ¹¹⁾	"	239,6	215,9	152,0	241,3	623,7	133,8	127,9	231,7	597,5
Körperschaftsteuer ¹¹⁾	"	8,8	45,1	- 156,8	597,2	76,0	- 488,7	- 78,5	510,1	- 728,8
Umsatzsteuer	"	703,7	756,5	865,4	806,1	760,6	773,1	877,3	848,5	808,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	123,7	7,2	151,4	7,6	7,0	6,9	5,9	6,6	6,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithaber. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November. — 10) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 11) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. EUR	274,0	.	217,1
darunter										
Mineralölsteuer	"	44,0	.	57,8
Versicherungsteuer	"	79,8	.	67,8
Zölle ²⁾	"	8,7	.	9,7
Landessteuern	"	133,6	126,5	225,3	118,1	149,8	104,4	130,4	105,4	146,5
darunter										
Vermögenssteuer	"	1,6	0,8	0,9	2,6	2,8	0,4	0,8	2,2	- 1,2
Erbschaftsteuer	"	32,2	25,9	133,2	23,0	22,9	22,3	41,3	22,5	40,1
Grunderwerbsteuer	"	36,7	33,6	35,9	47,3	32,8	27,7	26,0	34,6	27,5
Kraftfahrzeugsteuer	"	47,2	50,2	39,0	37,6	71,0	43,3	43,2	36,1	63,5
Gewerbsteuerumlage	"	43,7	28,0	3,6	103,7	4,7	77,0	2,0	78,1	- 3,6

noch: Steuern

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003			2004			
		Durchschnitt ³⁾		Junl	Sept.	Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 446,7	1 471,5	1 574,2	1 277,8	1 915,4	993,5	1 557,0	1 420,1	1 915,3
davon										
Grundsteuer A	"	4,3	4,9	3,8	5,5	3,6	4,4	4,2	5,2	5,6
Grundsteuer B	"	157,3	162,6	177,7	169,0	134,0	150,4	184,6	175,8	139,6
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	634,0	707,5	710,4	521,6	593,7	719,7	728,1	680,3	701,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	566,7	512,6	597,4	498,4	1 033,6	101,3	554,6	474,5	920,0
andere Steuern ⁴⁾	"	15,8	15,4	17,4	16,8	13,6	14,6	17,0	17,5	12,6

Verdienste⁵⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt ⁶⁾		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 529	2 570	2 543	2 554	2 531	2 563	2 583	2 580	2 560
* männliche Arbeiter	"	2 608	2 647	2 623	2 634	2 607	2 641	2 661	2 657	2 637
darunter Facharbeiter	"	2 757	2 804	2 769	2 784	2 760	2 796	2 817	2 816	2 802
* weibliche Arbeiter	"	1 966	2 015	1 974	1 980	1 990	2 008	2 026	2 023	2 013
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	1 819	1 861	1 832	1 832	1 836	1 856	1 882	1 858	1 856
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	15,49	15,79	15,51	15,56	15,74	15,79	15,77	15,82	15,86
* männliche Arbeiter	"	15,95	16,24	15,96	16,02	16,21	16,25	16,21	16,27	16,33
darunter Facharbeiter	"	17,04	17,44	17,03	17,12	17,40	17,44	17,42	17,48	17,54
* weibliche Arbeiter	"	12,21	12,51	12,24	12,27	12,37	12,47	12,55	12,57	12,52
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	11,14	11,39	11,19	11,18	11,27	11,36	11,48	11,38	11,39
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	3 746	3 833	3 758	3 771	3 792	3 822	3 841	3 850	3 857
* männlich	"	3 993	4 079	4 003	4 017	4 039	4 069	4 086	4 095	4 102
* weiblich	"	3 044	3 133	3 059	3 070	3 089	3 119	3 144	3 150	3 150
* kaufmännische Angestellte	"	3 531	3 615	3 542	3 557	3 580	3 605	3 624	3 630	3 630
* technische Angestellte	"	3 934	4 021	3 946	3 959	3 975	4 009	4 030	4 040	4 046
* in Handel ⁷⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"	3 448	3 535	3 451	3 469	3 513	3 531	3 538	3 544	3 588
* männlich	"	3 812	3 914	3 815	3 838	3 893	3 910	3 915	3 924	3 962
* weiblich	"	2 892	2 950	2 896	2 906	2 934	2 950	2 951	2 955	3 000
* kaufmännische Angestellte	"	3 442	3 528	3 443	3 462	3 506	3 520	3 534	3 539	3 585
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁷⁾ ; Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"	3 562	3 654	3 569	3 586	3 623	3 646	3 660	3 667	3 696

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. Zoll-Euro. — 3) Vierteljahresdurchschnitte. — 4) Und steuerähnliche Einnahmen. — 5) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 8) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Die HEPAS-Fachdatei HSL ist die Datenbank des Hessischen Statistischen Landesamtes und zugleich eine von mehreren Dateien des **HE**ssischen **P**lanungsinformations- und **A**nalyse-**S**ystems. Sie enthält derzeit rund 7500 Merkmale aus den verschiedenen Erhebungen der amtlichen Statistik, die auf Gemeindeebene erhoben werden, und liefert die Basisdaten für folgende regionalstatistische Veröffentlichungen:

Hessische Gemeindestatistik

Die jährlich seit 1980 herausgegebene *Hessische Gemeindestatistik* enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen über 280 Merkmale und Verhältniszahlen/ Anteilwerte für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen: Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Tourismus, Straßenverkehrsunfälle, Finanzen und Steuern sowie Personal der Gemeinden.

Sie erhalten die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch ab Ausgabe 1996 in elektronischer Version im Excel 97-Format (Diskette oder Online).

Hessische Gemeindeblätter

Die *Hessischen Gemeindeblätter* werden als Loseblattsammlung herausgegeben und sind ab der Ausgabe 1990 lieferbar. Das Gemeindeblatt enthält einen Auszug von 125 Merkmalen und Verhältniszahlen der letzten vier Ausgaben der „Hessischen Gemeindestatistik“. Neben den Grundzahlen sind auch jeweils die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr angegeben, wodurch die Beurteilung der Entwicklung struktureller Daten einer Gemeinde für einen Zeitraum von vier Jahren wesentlich erleichtert wird.

Gemeindedaten im Internet

Im *Internetangebot* des Hessischen Statistischen Landesamtes (www.statistik-hessen.de) können Sie für einzelne Gemeinden ausgewählte Merkmale kostenfrei abrufen.

Regionalstatistische Sonderauswertungen

Außer den Erhebungsmerkmalen in den zuvor genannten Veröffentlichungen sind auch alle übrigen Merkmale ab Gemeindeebene mittels Standard- oder Sonderauswertungen in vielfältiger fachlicher, räumlicher und zeitlicher Kombination abrufbar. Daten- und Dateiformate können dem Kundenwunsch entsprechend angepasst werden.

Kontakt: Tel.: 0611 3802-144, -147 oder -156
Fax: 0611 3802-190
E-Mail: hepas@statistik-hessen.de

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 • Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de • Internet: www.statistik-hessen.de

Föderalismus an der Wegscheide?

Optionen und Perspektiven einer Reform der bundesstaatlichen Ordnung. Herausgegeben von F. Decker, 222 Seiten, kartoniert, 29,90 Euro, Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden, 2004

Der Föderalismus steht seit längerem in der Kritik von Wissenschaftlern, Politikern und interessierten Bürgern. Er wird gleichermaßen für Ineffizienz und politischen Stillstand in Deutschland verantwortlich gemacht. Mit der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ bestand zum ersten Male die Chance, zu durchgreifenden Veränderungen zu gelangen. Über das grundlegende Ziel einer Entflechtung der föderalen Strukturen war man sich bereits im Vorfeld weit gehend einig. Wie die Entflechtung konkret aussehen und wie weit sie reichen soll, darüber wurde und wird aber weiter intensiv gestritten (Anmerkung des Rezensenten: Die Kommission konnte sich nicht auf gemeinsame Vorschläge verständigen – besonders umstritten war die Frage der Zuständigkeiten im Bereich „Bildung“ – und hat ihre Arbeiten am 17. Dezember 2004 eingestellt). Im vorliegenden Band werden die Perspektiven der angestrebten Reform umfassend und systematisch erörtert. Zu diesem Themenkomplex veranstaltete das Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn und die Friedrich-Naumann-Stiftung am 29. November 2003 eine öffentliche Tagung, die anlässlich der erfolgten Einsetzung der Kommission durchgeführt wurde. Die Tagungsbeiträge werden in diesem Band zusammen mit weiteren fachwissenschaftlichen Aufsätzen veröffentlicht. Nach dem einführenden Vortrag „Föderalismus an der Wegscheide?“ von F. Decker folgen die Vorträge von Brigitte Zypries (Bundesministerin der Justiz), Otto Graf Lambsdorff (Bundesminister a. D.) und Peer Steinbrück (Ministerpräsident des Landes NW) sowie die Beiträge zur Podiumsdiskussion. Des Weiteren sind folgende fachwissenschaftlichen Beiträge enthalten: „Föderalisreform ohne Länderneugliederung?“ (U. Leonardy); „Senat statt Bundesrat? Über föderale Reformoptionen jenseits bundesdeutscher Pfadentwicklung“ (M. Höreth); „Steuerwettbewerb und Finanzausgleich. Kann die Finanzverfassung reformiert werden?“ (C. Lindner); „Verwaltung und Entflechtung im deutschen Bundesstaat. Der Widerstreit zwischen Einheitsdenken und Strukturflexibilisierung“ (R. Lhotta); „Die Regierungssysteme in den Ländern“ (F. Decker); „Wir müssen aus dem Mischmasch raus. Die Europafähigkeit des deutschen Föderalismus“ (M. G. Hüttmann).

7154

Die Versorgung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst

Pension – Rente – Zusatzleistungen. Von H. Marburger, 252 Seiten, kartoniert, 44,80 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2003.

Das Buch behandelt alle Versorgungsformen für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Diese sind genau so unterschiedlich wie die Dienstverhältnisse beider Beschäftigtengruppen. Während für die Beamten die Versorgung durch Gesetz geregelt wird, gilt für die Angestellten eine vertragliche Regelung. Für die Angestellten – und in Ausnahmefällen auch für die Beamten – ist die gesetzliche Rentenversicherung von besonderer Bedeutung. Die einzelnen Rentenarten – Altersrenten, Renten bei vermindelter Erwerbsfähigkeit und Hinterbliebenenrenten – werden ausführlich dargestellt. Ihrer Bedeutung für die Angestellten des öffentlichen Dienstes entsprechend nimmt auch die Behandlung der Zusatzversorgung breiten Raum ein. Der Autor geht auch auf die Regelungen zur Altersteilzeit, die die schwierige Materie zusätzlich komplizier-

ren, ein. Ein besonderes Kapitel ist der Versorgung durch die gesetzliche Unfallversicherung gewidmet. Randziffern, auf die sich ein umfangreiches Stichwortverzeichnis bezieht, erleichtern das Arbeiten mit dem Buch. 7139

Globalisierung – Herausforderung an die Wirtschaftspolitik

Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 538, herausgegeben von Renate Ohr, 259 Seiten, kartoniert, 79,80 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2004.

Weltweite elektronische Hochleistungsnetze für Kommunikations- und Informationssysteme haben das Maß an Globalisierung der Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte beträchtlich gesteigert. Die entsprechenden Prozesse zeitigen Chancen, aber auch Risiken für alle daran Beteiligten. Entsprechende Effekte ergaben die Themen für ein von Renate Ohr geleitetes Symposium, das im Oktober 2003 im Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft an der Universität Göttingen abgehalten wurde. Die im Rahmen dieser Veranstaltung von Fachwissenschaftlern aus acht Universitäten gehaltenen zehn Vorträge sind in vorliegender Publikation zusammengefasst. Im Beitrag von Wolf Werner (Berlin) werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem gegenwärtigen Globalisierungsprozess und dem des späten 19. Jahrhunderts herausgearbeitet. Die folgenden fünf Beiträge behandeln steuer- und sozialpolitische Aspekte im Rahmen der Globalisierung. Friedrich Sell (Neubiberg) analysiert modellmäßig Dilemma-Situationen für den Wohlfahrtsstaat in einem globalisierten Umfeld. Axel Dreher (Exeter) untersucht den Einfluss der Globalisierung auf die Wirtschaftspolitik der OECD-Länder in den letzten 30 Jahren. Globalisierung schafft auch die Möglichkeit, zwischen Steuersystemen zu wählen. Deshalb wird es, wie Wolf Schäfer (Hamburg) ausführt, mobile Produktionsfaktoren und Steuerzahler dorthin ziehen, wo die Kosten-/Nutzenrelationen am attraktivsten sind. Thomas Hemmelgarns (Köln) Beitrag zeigt, dass die Existenz diskriminierender Besteuerung nicht unbedingt negative Wohlfahrtseffekte für Volkswirtschaften der EU haben muss. Ingmar Kumpmann (Göttingen) untersucht den Einfluss des internationalen Handels und des Wettbewerbs um internationale Investitionen auf die Sozialleistungsquote von Industrieländern. Auswirkungen der Globalisierung auf die Wohlstandsverteilung innerhalb und zwischen Volkswirtschaften untersucht der Beitrag von Stephan Klasen (Göttingen) und Carola Grün (München). Anschließend widmet sich Harald Sander (Köln) den Chancen und Risiken von Entwicklungsländern bei deren Integration in globale Finanzmärkte. Die letzten beiden Themen sind institutionellen Fragen gewidmet. Am Beispiel des UN Global Compact zeigt Jan Wagner (Kassel) auf, wie globale Netzwerk- und Verständigungsprozesse erfolgreich wirken können. Hermann Sautter (Göttingen) befasst sich mit den institutionellen Voraussetzungen für eine internationale Ordnungspolitik. Alle Beiträge enden mit Zusammenfassungen und ausführlichen Literaturverzeichnissen. 7143

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

SGB HR : Soziale Gesetzgebung und Praxis, Sozialgesetzbuch, Haushalts- und Rechnungswesen

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lipphaus, 7. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 43. Erg.-Lfg. vom August 2004), 125,00 Euro; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen, 2004. 2473

Betriebliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst

Kommentar. Von J. Berger und Dr. K.-H. Kiefer, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 72. Erg.-Lfg. vom Oktober 2004, 3644 Seiten, in 3 Ordnern) 127,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München, 2004. 3187

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von W. Seidel (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), 89. Jg. (2005); Heft 1 von 4, ca. 110 Seiten, kartoniert; Physica-Verlag, Heidelberg, 2004.

Das „Archiv“ enthält folgende Abhandlungen: Introduction: Item nonresponse and data quality (R. T. Riphahn); Characteristics and impact of faked interviews in surveys – An analysis of genuine fakes in the raw data of SOEP (J.-P. Schraepler u. G. G. Wagner); Factors that influence reading and comprehension of branching instructions in self-administered questionnaires (C. D. Redline u. a.); Rounded responses to income questions (J. U. Hanisch); Item nonresponse on income questions in panel surveys: Incidence, imputation and the impact on inequality and mobility (J. R. Frick u. M. M. Grabka); On the effect of item nonresponse on the estimation of a two-panel-waves wage equation (M. Spiess u. J. Goebel); Multivariate control charts based on a projection approach (O. Bodnar u. W. Schmid). 4659/96

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 197,00 Euro inkl. Versandkosten, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 1/05 bis 3/05: Die Europäisierung der öffentlichen Dienste – zwischen nationaler Souveränität und Rechtsangleichung / Neuere Entwicklungen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im Bereich der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder / Gleichbehandlung von vollzeitbeschäftigten und teilzeitbeschäftigten Lehrern – neue Facetten eines alten Themas / Die Vereinbarkeit der Neuregelungen des Arbeitszeitgesetzes mit dem Europarecht und dem Grundgesetz / Ungleichbehandlung geringfügig Beschäftigter in Tarifverträgen / Klagen gegen die Änderung der Zusatzversorgung durch die Altersvorsorgetarifverträge vom 1.3.2002 / Die Mitbestimmung des Personalrats bei der Regelung von Arbeitsbedingungen nach Ende der Tarifbindung. 6133-51

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz

Dokumentation Bund, Länder, Kirchen, Ausland und Internationales: Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlung zum Datenschutz. Herausgegeben von Prof. Dr. S. Simitis, Dr. U. Dammann, Dr. H. Geiger, Dr. O. Mallmann und Dr. S. Walz, bearbeitet von Dr. U. Dammann; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 36. Lieferung vom November 2004, ca. 1200 Seiten, in 4 Plastikordnern); Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2004. 5391

Hessisches Beamtengesetz mit Beamtenversorgungsgesetz

Kommentar von Dr. J. Crisolli, M. Schwarz, J. Gerke und K. H. Schmidt, Loseblattausgabe, 349. Erg.-Lfg. vom Dezember 2004, 140,70 Euro; Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin-Spandau, 2004. 2294

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM FEBRUAR 2005

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

☐ = elektronisch lieferbar, ● = auf CD-ROM lieferbar

@ = im Internet unter www.statistik-hessen.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Die Krankenhäuser in Hessen am 31. Dezember 2003; (A IV 2 - j/03); (K)	5,90 Euro
☐, Excel/@, Online	6,00/4,00 Euro
Binnenfischereierhebung 2004; (C/Binnenfischerei 04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Schlachtungen in Hessen im 4. Vierteljahr 2004; (C III 2 - vj 4/04); (K)	3,70 Euro
Die bestockten Rebfläche in Hessen 2004; (C I 5 - j/04)	3,10 Euro
Agrarstrukturhebung 2003; Gemeindeergebnisse; (C IV 9 - 4j/03 - 1 a); (G)	7,00 Euro
☐, Excel/@, Online	6,80/4,80 Euro
Gewerbeanzeigen in Hessen im 3. Vierteljahr 2004; (D I 2 - vj 3/04); (K)	4,80 Euro
☐, Excel/@, Online	5,20/3,20 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2004; (E I 1 - m 11/04); (K)	4,80 Euro
☐, Excel/@, Online	5,20/3,20 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im November 2004; (F II 1 - m 11/04); (K)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im November 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 11/04);	3,70 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Oktober 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 10/04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 10/04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im November 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 11/04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 11/04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/04)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im November 2004; (H II 1 - m 11/04); (Häfen)	3,70 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 2004 und im Jahr 2004; Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 4/04 - Teil I)	5,90 Euro
☐, Excel/@, Online	6,00/4,00 Euro
Einsammlung und Verwertung von Verpackungen in Hessen 2003 (einschl. Verpackungsabfallaufkommen 1996 bis 2003); (Q II 8 - j/03)	3,70 Euro
☐, Excel/@, Online	4,40/2,40 Euro

Sonstige Veröffentlichungen

Hessische Kreiszahlen; Band 2/2004; 49. Jahrgang 7,00 Euro
☐, Excel 6,80/4,80 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden